

Es ist Zeit für einen neuen Aufbruch: Sachsen-Anhalt kann mehr.

INHALT

PRÄAMBEL: SACHSEN-ANHALT KANN MEHR	4
I. STARKE WIRTSCHAFT, GUTE ARBEIT	5
1. Abschied vom Billiglohnland	5
Neue Prioritäten 2016: Gute Löhne, soziale Standards und betriebliche Mitbestimmung	5
Stärkung der dualen Berufsausbildung und Weiterbildungsoffensive	6
Gemeinwohlorientierter Arbeitsmarkt mit dauerhafter Bürgerarbeit	7
2. Neuer Schwung für die Wirtschaft	7
Sachsen-Anhalt zur Marke entwickeln	8
Mittelstand und Handwerk: Rückgrate unserer Wirtschaft.....	8
Industriepolitik wieder aufleben lassen	9
Forschungs- und Entwicklungspotentiale nutzen	9
Wertschätzung für Unternehmergeist	10
Die Bürokratie-Bremse treten.....	10
Stärkung des Tourismus	11
3. Power für Sachsen-Anhalt: neue Energie und sichere Arbeitsplätze	11
Energiewende als Chance für das Land der Erneuerbaren Energien	11
Lasten des Netzausbaus gerecht verteilen.....	12
Energiewirtschaft: kommunale und regionale Energieversorger	13
Brückentechnologie Braunkohle	13
Steigerung der Energieeffizienz	14
4. Digitales Sachsen-Anhalt	14
Breitbandausbau und kommunales WLAN	14
Informationelle Selbstbestimmung und Medienkompetenz	15
E-Government ausbauen und Behördengänge vereinfachen	15
Medienland Sachsen-Anhalt	16
II. BILDUNG – INVESTITION IN DIE ZUKUNFT	17
1. Bildungskette ohne Brüche	17
Frühkindliche Bildung.....	17
Schulische Bildung	18
Berufliche Bildung	19
Erwachsenenbildung	19
Migration.....	20
Demokratiebildung	20
2. Wissenschaft	20
Verlässliche Finanzierung	21
Faire Arbeit an den Hochschulen.....	21
Landesexzellenzinitiative wiederbeleben.....	22
Hochschulmedizin weiterentwickeln	22

3. Fachkräftesicherung und Zuwanderung	23
Fachkräftesicherung	23
Den Demografischen Wandel gestalten	24
Zuwanderung zur Bewältigung des demografischen Wandels erleichtern	24
III. SACHSEN-ANHALT: SOZIAL UND SICHER	26
1. Gesundheit und Verbraucherschutz.....	26
Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und Gesetzliche Krankenversicherung.....	26
Prävention und Gesundheitsförderung	26
Psychiatrieplanung	27
Das werden wir tun:	27
Pflege und Palliativversorgung	27
Verbraucherschutz und Verbrauchersicherheit	28
Gesunde und sichere Lebensmittel	28
2. Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik	29
Mehr Recht(e) für Kinder.....	29
Langfristige Kinder- und Jugendhilfe	30
Beratung aus einer Hand	30
Die Lebensleistung älterer Menschen würdigen	30
3. Inklusion und Teilhabe.....	31
Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	31
Initiative „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“	31
Teilhabe am Arbeitsmarkt	31
4. Innere Sicherheit und Justiz.....	32
Polizeistruktur in Sachsen-Anhalt und Personalentwicklung bei der Polizei	32
Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung	32
Reform des Verfassungsschutzes	33
Leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz, moderner Rettungsdienst	33
Bürgerfreundliche Justiz.....	34
Wirkungsvoller Opferschutz	34
Justizvollzug	35
IV. LEBENSWERTES SACHSEN-ANHALT	36
1. Kulturland Sachsen-Anhalt	36
Langfristige Sicherheit für Theater und Orchester	36
Unterstützung der vielfältigen freien Kunstszene	36
Jubiläen als kulturtouristische Highlights setzen	36
2. Geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt.....	37
Chancengleichheit in Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft	37
Frauen besser vor Gewalt schützen	38
Aktionsplan gegen Homophobie	38
3. Willkommenskultur als gelebte Weltoffenheit.....	39
Flüchtlinge aufnehmen und willkommen heißen.....	39
Gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten und Flüchtlingen.....	40
Eintreten gegen Rechtsextremismus	41
4. Umwelt- und Naturschutz	42
Klares Klimaziel: CO ₂ -Ausstoß um 55 Prozent senken	42
Umsetzung der Natura 2000 - Artenvielfalt bewahren	42
Effektiver Hochwasserschutz	42
Landesimmissionschutzgesetz	43

5. Infrastruktur	43
Straßenverkehr, Logistikstandort	43
Flächendeckender ÖPNV und Radwegenetz	44
Städtebau und Dorferneuerung	44
6. Politik für den ländlichen Raum	45
Regionale Entwicklungspotentiale nutzen	45
Nachhaltige und funktionale Landwirtschaft	45
Wirksamer Tier- und Umweltschutz	46
Keine Bodenspekulationen	47
Erhalt und nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes	47
7. Sport in Sachsen-Anhalt	47
V. UNSER BILD VON STAAT UND VERWALTUNG	49
1. Mehr Demokratie wagen, kommunale Selbstverwaltung stärken	49
2. Finanzen, Kommunen und öffentliche Verwaltung	49
Transparente und solide Finanzpolitik	49
Starke zukunftsfähige Kommunen, solide Kommunalfinanzen	50
Länderfinanzausgleich und Steuerpolitik	51
Allgemeine Verwaltung	52
3. Sachsen-Anhalt in Europa	52
Ausrichtung der Förderpolitik	52

Präambel: Sachsen-Anhalt kann mehr

Sachsen-Anhalt ist ein oftmals unterschätztes Bundesland. Wer unser Land kennt, weiß es zu schätzen: schon jetzt als Land der Welterbestätten, als Heimat der Reformation, als Pionier der Industrialisierung. In Zukunft immer stärker als Land der erneuerbaren Energien, der gerechten Bildung, der gerechten Löhne und als Land, in dem Menschen aus nah und fern gern zu Gast sind.

Sachsen-Anhalt ist ein selbstbewusstes, starkes und weltoffenes Land in Deutschlands Mitte und aktiver Teil der Europäischen Union im Herzen Europas. Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind es, die diesen Weg gestalten.

Damit dieser Weg zum Erfolg führt, brauchen wir eine Politik, die modern und gerecht zugleich ist. Modern: weil sie auf Innovation, kreative Ideen und fortschrittliche Technologien setzt. Gerecht: weil sie alle mitnimmt. Beides zusammen kann nur die SPD.

Für Sachsen-Anhalt geht es jetzt um eine neue Entwicklungsetappe. Es geht darum, wie wir nach den Jahren der wirtschaftlichen Konsolidierung einen neuen Aufbruch für wirtschaftliches Wachstum und eine industrielle Basis für die Zukunft schaffen. Es geht darum, wie wir nach den Jahren der Haushaltskonsolidierung einen politischen Aufbruch für neue gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten schaffen.

Mit konservativem Beharren auf den Lösungen von gestern wird das nichts. Mit Illusionen über staatliche Lenkungsmöglichkeiten auch nicht.

Im März 2016 wird der Landtag von Sachsen-Anhalt neu gewählt. Die SPD macht den Bürgerinnen und Bürgern mit diesem Programm ein umfassendes Angebot: eine neue Politik für eine neue Etappe.

Wir setzen auf

- gute Arbeit für gutes Geld – statt Billiglohnland
- wirtschaftlichen Aufbruch – statt Stillstand und Verwaltung
- Bildung für Alle – statt Chancen nur für Wenige
- Gemeinschaft und Sicherheit – statt Spaltung und Verunsicherung
- ein weltoffenes Land – statt Engstirnigkeit und Abgrenzung

Es ist Zeit, das Sachsen-Anhalt nach vorne geht. Gehen Sie mit.

I. Starke Wirtschaft, gute Arbeit

1. Abschied vom Billiglohnland

Jahrelang wurde bei potentiellen Investoren damit geworben, dass in Sachsen-Anhalt unterdurchschnittliche Löhne gezahlt werden und nur circa 25 Prozent der Unternehmen an Tarife gebunden sind. Heute zeigt sich, dass die Verantwortlichen damit aufs falsche Pferd gesetzt haben. Mittlerweile fehlen in vielen Bereichen qualifizierte Fachkräfte. Wir haben in den letzten Jahren zu viele junge und gut qualifizierte Menschen verloren. Sie sind in andere Bundesländer gegangen, weil sie dort besser bezahlte Arbeit gefunden haben. Gerade junge Menschen brauchen jedoch verlässliche Perspektiven. Perspektiven für Ausbildung, Beruf, Erwerbseinkommen und Familiengründung, damit sie gute Gründe zum Hierbleiben und Anpacken haben.

Eine Niedriglohnstrategie ist keine geeignete Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Sachsen-Anhalt als Billiglohnland hat ausgedient.

Neue Prioritäten 2016: Gute Löhne, soziale Standards und betriebliche Mitbestimmung

In den Unternehmen hat ein Prozess der Neuorientierung begonnen. Löhne und Gehälter werden den Branchenentgelten angeglichen und Tarifverträge neu abgeschlossen. Dieser Trend ist jedoch ausbaubar. Dort, wo im Rahmen der Tarifautonomie keine besseren Löhne erzielt wurden, gilt seit 2015 der Mindestlohn. Das ist ein großer Erfolg der Sozialdemokratie, der vielen Menschen in unserem Land dabei hilft, von ihrer eigenen Arbeit leben zu können.

Mindestlöhne sind aber nur eine Seite der Medaille. Gut qualifizierte Ingenieurinnen und Ingenieure, Technikerinnen und Techniker, Facharbeiterinnen und Facharbeiter erwarten zu Recht gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung. Wenn wir dem Fachkräftemangel wirksam begegnen wollen, brauchen wir mehr verbindlich abgeschlossene Tarifverträge, die die noch bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Ost und West abbauen, die Arbeitszeiten verbindlich regeln und einen Rechtsanspruch auf Sonderzahlungen festschreiben.

Demokratie endet nicht am Werkstor. Organisierte Mitbestimmung ist eine wesentliche Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen, für engagierte Beschäftigte und somit letztlich auch für positive Betriebsergebnisse. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht, Betriebsräte zu wählen. In Sachsen-Anhalt sind Unternehmen mit gewählten Betriebsräten und starker gewerkschaftlicher Vertretung noch in der Minderheit. Das muss sich ändern.

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt grundlegend. Dies beinhaltet gleichzeitig Chancen und Risiken. Soziale Standards guter Arbeit, Mitbestimmung, tarifliche Bindung oder der Kündigungsschutz müssen vor diesem Hintergrund weiterentwickelt werden. Die SPD wird das gemeinsam mit den Gewerkschaften, der Forschung und der Wissenschaft tun.

Das werden wir tun:

- Für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen haben wir in Sachsen-Anhalt ein Vergabegesetz in Kraft gesetzt, das die Umsetzung tariflicher und sozialer Kriterien zur Voraussetzung für die Auftragsvergabe macht. Wir werden dafür auch bei der zukünftigen Vergabe von Fördermitteln Anreize setzen.

- Die Einhaltung sozialer und tariflicher Standards nach dem Landesvergabegesetz sowie die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns sollen zukünftig stärker kontrolliert werden.
- Die Einhaltung von Tarifverträgen wird im Zuge der Wirtschaftsförderung besonders gewichtet. Ohne einen Tarifvertrag darf es keinen Höchstfördersatz geben
- Unternehmen die nachweislich betriebliche Mitbestimmung behindern, werden von der Förderung ausgeschlossen
- Geschäftsmodelle, die durch hohe Leiharbeitsquoten oder eine große Anzahl von Mini-Jobs nicht zur nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung im Land beitragen, werden nicht mehr mit Wirtschaftsfördermitteln bedacht.
- Die SPD wird eine großangelegte, sozialpartnerschaftliche Initiative zur Fachkräftesicherung für unser Bundesland auflegen. Wir wollen mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften sowie den Verbänden neue Zukunftsinitiativen entwickeln und dadurch den regionalen und branchenbezogenen Dialog stärken. Das Thema „Gute Arbeit für Sachsen-Anhalt“ ist uns wichtig und soll dabei im Vordergrund stehen.
- Frauen und Männer sollen für gleiche Arbeit gleichen Lohn erhalten. Dies gilt insbesondere auch für Leih- und Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer. Dazu wollen wir auf Bundesebene initiativ werden.
- Zuwanderung ist für Sachsen-Anhalt notwendig. Dafür gilt es, die derzeitige Willkommenskultur zu verbessern, damit eine positive Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt erreicht wird.
- Wir führen ein Landesqualitätssiegel „Kinderfreundlicher Betrieb“ ein. Betriebe, die 24-Stunden-Kitas unterstützen, Betriebskindergärten vorhalten, Alleinerziehende von Randzeiten-Arbeit befreien, Übergänge zwischen Ganztags- und Teilzeitarbeit ermöglichen, Jobsharing und Teilzeit auch für Führungskräfte ermöglichen, Homeoffice-Möglichkeiten schaffen, etc. erhalten damit die Möglichkeit im Wettbewerb um Fachkräfte einen besonderen Vorteil zu erlangen.
- Unser besonderes Augenmerk werden wir auf Alleinerziehende legen. Wir wollen einen Pakt für Alleinerziehende, damit das Aufstocken zur Ausnahme und nicht zur Regel wird.

Stärkung der dualen Berufsausbildung und Weiterbildungsoffensive

Eine gute Ausbildung ist Voraussetzung dafür, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Das System der dualen Berufsausbildung muss gestärkt werden. Deshalb brauchen wir eine Landesstrategie, die die regionale und zuständigkeitsübergreifende Zusammenarbeit der Verantwortlichen am Übergang von der Schule in den Beruf stärkt und unterstützt. Berufsorientierung muss für alle Schularten – auch für die Gymnasien – verbindlicher Unterrichtsbestandteil werden. Dabei sind alle Akteure, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, z.B. die Agentur für Arbeit, Bildungsträger, Jugendhilfeträger, Unternehmen, Hochschulen und berufsbildende Schulen, einzubinden.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind unverzichtbare Voraussetzung für gute Arbeit, langfristige Fachkräftesicherung in Sachsen-Anhalt und berufliche Aufstiegsperspektiven für jede Einzelne und jeden Einzelnen. Wir fördern daher das Interesse an Weiterbildung und die Informationen über Weiterbildungsangebote und unterstützen Menschen, die ihre beruflichen Chancen und Perspektiven durch eigene Anstrengung und Investitionen in Weiterbildung verbessern wollen.

Das werden wir tun:

- Wir werden eine Weiterbildungsoffensive auflegen.
- Wir wollen regionale Bündnisse für Jugend und Ausbildung weiter stärken und unterstützen. Wir setzen uns für eine vernünftige Berufsschulnetzplanung ein.
- Die SPD wird ein landesweit gültiges Azubiticket einführen, um die Mobilität von jungen Menschen in der Ausbildung zu verbessern.

- Wir wollen die Dauer, Entlohnung und Anzahl von Praktika gesetzlich regeln. Berufspraktika dürfen nicht länger als willkürliche Verlängerung der Probezeit, zur Umgehung des Kündigungsschutzes und zum Lohndumping missbraucht werden.
- In Landesverantwortung darf es künftig keine unbezahlten längerfristigen Praktika mehr geben.

Gemeinwohlorientierter Arbeitsmarkt mit dauerhafter Bürgerarbeit

Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik erfolgreich ist. Die Arbeitslosenquote konnte erstmals unter 10 Prozent gesenkt werden. Mit unserem Landesarbeitsmarktprogramm haben wir wichtige Impulse gesetzt. Hieran wollen wir anknüpfen.

Wir behalten dabei diejenigen im Blick, die von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht profitieren konnten und auf besondere Unterstützung angewiesen sind. Alleinerziehende, junge Menschen ohne Schulabschluss, Menschen mit Behinderungen, Ältere und Langzeitarbeitslose sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund benötigen besondere Angebote, um auf dem Arbeitsmarkt gefördert zu werden. Für Menschen, die aus den verschiedensten Gründen keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen wir einen sozial- und gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt.

Wir wissen, dass viele Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht ihr ganzes Leben in ihrem erlernten Beruf tätig sind. Sie brauchen daher Unterstützung bei Umschulungen, um wieder in die Erwerbstätigkeit zu kommen. Das wird oft durch fehlende Finanzierung oder fehlende Praktikumsplätze erschwert. Diesen Hemmnissen möchten wir wirksam entgegen treten.

Wir wollen Menschen mit Behinderungen stärker als bisher in den ersten Arbeitsmarkt integrieren. Inklusion auf allen Ebenen ist und bleibt vorrangiges Ziel.

Das werden wir tun:

- Die SPD setzt sich für einen öffentlich geförderten und gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt ein. Dafür sollen dem Land zur Verfügung stehende ESF-Mittel und Gelder aus dem Landeshaushalt eingesetzt werden.
- Das jetzige Landesarbeitsmarktprogramm soll fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. Alle vorhandenen Förderinstrumente und Programme zur sozialen und beruflichen Integration sollen miteinander verzahnt werden. Beim Bund werden wir uns für einen Passiv-Aktiv-Transfer einsetzen.
- Wir wollen engere Netzwerke zwischen den Unternehmen und den Bildungseinrichtungen schaffen und breiter über Finanzierungsmöglichkeiten für Umschulungen informieren.
- Wir wollen zusätzliche Arbeitsplätze in Integrationsbetrieben schaffen.

2. Neuer Schwung für die Wirtschaft

Eine starke Wirtschaft ist die Basis für Wohlstand, für Beschäftigung und für staatliches Handeln. Heute braucht Sachsen-Anhalt vor allem frischen Wind und neuen Schwung für den wirtschaftlichen Ausbau in unserem Land.

Der Beschäftigungszuwachs und die Einkommensentwicklung in den letzten 25 Jahren belegen die positive wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Wirtschaftskraft und Wohlstandsniveau haben sich deutlich verbessert. Doch trotz des sichtbaren Aufholprozesses existiert noch immer ein deutliches West-Ost-Gefälle. Dieses wollen wir abbauen.

Sachsen-Anhalt zur Marke entwickeln

Sachsen-Anhalt muss weg vom Ruf des Billiglohnstandorts. Wir werden die Kampagne vom „Land der Frühaufsteher“ einstellen und stattdessen eine Kommunikationskampagne entwickeln, die Sachsen-Anhalt als lebenswertes Land und leistungsfähigen Wirtschaftsstandort profiliert. Ziel ist es, Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten und Sachsen-Anhalt zur Marke zu entwickeln. Dabei ist der europäische Binnenmarkt eine große Chance. Besonders kleine und mittlere Unternehmen müssen bei der Erschließung von und Behauptung in Märkten unterstützt werden.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Kampagne vom „Land der Frühaufsteher“ einstellen und stattdessen eine neue Kommunikationskampagne für Sachsen-Anhalt entwickeln.
- Die Präsentation sachsen-anhaltischer Unternehmen auf internationalen Messen und Ausstellungen wird gemeinsam mit den Kammern und den Unternehmensverbänden verbessert.
- Die Durchführung von regelmäßigen Außenwirtschaftstagen wird fortgesetzt.

Mittelstand und Handwerk: Rückgrate unserer Wirtschaft

Der Mittelstand und das Handwerk sind das Rückgrat der sachsen-anhaltischen Wirtschaft. Die anstehenden Herausforderungen, beispielsweise bei der Fachkräfteversorgung oder Betriebsübergaben, werden wir gemeinsam mit den Unternehmen angehen und meistern. Wir werden dazu branchenspezifische Lösungen schaffen.

Die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft haben als Wirtschaftszweige insbesondere für die Entwicklung unserer ländlichen Räume eine herausragende Bedeutung. Hier wollen wir an die bisherige erfolgreiche Entwicklung anknüpfen und durch die Unterstützung innovativer Ideen und Produkte weitere Wertschöpfungsketten erschließen.

Die Investitionsbank des Landes hat sich als ein kompetenter und verlässlicher Partner mit Know-how und Expertise bei der Finanzierung und Unterstützung von Unternehmen etabliert. Sie bleibt die Wirtschaftsförderbank unseres Landes.

Wirtschaftsförderung kann nicht nur zentral organisiert werden. Wir setzen daher auch auf regionale Kompetenz und regionales Engagement, um Ungleichgewichte der Regionen und zwischen Stadt und Land zu verringern.

Das werden wir tun:

- Wir wollen einfachere und transparentere Förder- und Finanzierungsinstrumente, wie niedrigschwellige und zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften, zur Stärkung der Investitionsförderung, gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen, schaffen.
- Wir wollen eine stärkere regionale Wirtschaftsförderung durch die Einführung von Regionalbudgets.
- Die Mindestinvestitionssumme bei der Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) muss abgesenkt werden.
- Wir wollen eine verbindliche, zweckungebundene Prämie für eine nachhaltige Erhöhung von Dauerarbeitsplätzen einführen.
- Es soll eine ganzheitliche und flächendeckende Förderung über die ego.-Existenzgründungsoffensive über alle Gründungsphasen geben.
- Wir wollen Unternehmen in der Frage der Unternehmensnachfolge durch Informationsplattformen, Netzwerke und professionelle Lotsen unterstützen.
- Wir wollen einen Meisterbonus in Höhe von 1.000 € als Anerkennung für eine bestandene Meisterprüfung einführen.

Industriepolitik wieder aufleben lassen

Die Industriedichte in Sachsen-Anhalt ist nach wie vor zu gering. In vielen Regionen des Landes ist nach der Wende breite Industrien weggebrochen, ein Verlust, den wir noch heute spüren.

All das ist jedoch kein Grund, die Finger von der Industriepolitik zu lassen, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Das verschenkt wichtiges Potential für die Entwicklung unseres Landes. Wir wollen uns wieder an eine handfeste Industriepolitik wagen, und das Land so voran bringen.

Dafür gibt es drei wichtige Felder:

Wir brauchen Rahmenbedingungen und Anreize, um neue Wertschöpfungsketten im Land zu entwickeln.

Wir wollen eine nachhaltige Industriepolitik. Die Erneuerbaren Energien sind und bleiben ein wichtiger industrieller Bereich in Sachsen-Anhalt. Dessen Entwicklungsmöglichkeiten sind lange nicht am Ende.

Die Digitalisierung der Industrie (Industrie 4.0) bietet die einmalige Chance, neue Industrie im Land anzusiedeln.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Industrieförderung konsequent an der Wertschöpfung im und für das Land ausrichten.
- Wir werden 10 Prozent der Forschungsförderung für Unternehmen für Industrieforschung einsetzen.
- Wir werden eine Ansiedlungsoffensive starten, um mit unseren Standortvorteilen im Bereich von Verkehr und Energie neue industrielle Produktionen anzulocken. Dafür werden wir die Investitions- und Marketinggesellschaft (IMG) neu aufstellen.
- Wir werden die landeseigene Beteiligungsgesellschaft IBG auflösen und die Risikokapitalförderung auf Innovationen konzentrieren.

Forschungs- und Entwicklungspotentiale nutzen

Es ist eine Binsenweisheit, dass Innovationen, Forschung und Entwicklung die Schlüssel für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum sind. Ein großer Pluspunkt für Sachsen-Anhalt ist die gut ausgebaute öffentliche Forschungsinfrastruktur, verbunden mit überdurchschnittlichen Forschungsaktivitäten in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dennoch ist in keinem anderen Bundesland der Etat für Forschung und Entwicklung in Unternehmen im Vergleich zu staatlichen Einrichtungen so niedrig wie in Sachsen-Anhalt.

Für ein tragfähiges Wachstum müssen Forschung und Entwicklung, zusätzlich zur Arbeit in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wieder stärker dort stattfinden, wo die Produkte hergestellt werden, in den Unternehmen.

Technologietransfer – und damit der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu neuem technologischen Wissen – gehört stärker in den Fokus der Förderung. Cluster und Branchennetzwerke können dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit von Hochschulen, Unternehmen, Handwerk, Kammern und Verbänden, damit aus guten Ideen innovative und vermarktungsfähige Produkte werden. Um mehr Firmengründungen und damit eine neue Gründungsdynamik zu erreichen, werden wir die Förderinstrumente und die Finanzierung weiterentwickeln.

Zudem besteht in der Digitalisierung von unternehmensorientierten Dienstleistungen ein großer Bedarf, nicht nur in unserem Land, damit die Generierung von Wissen und Erkenntnissen in die gesamte Wertschöpfungskette einfließen kann. Daher werden wir

Technologie- und Wissenstransfer – und damit den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu neuem Wissen – effektiver gestalten.

Das werden wir tun:

- Wir werden eine Forschungs-Starthilfe für forschungswillige Unternehmen einführen.
- Wir werden uns auf der Bundesebene für eine steuerliche Förderung von unternehmerischen Forschungs- und Entwicklungsleistungen einsetzen.
- Wir wollen Kooperationen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausbauen und so den Transfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft befördern.
- Ein Schwerpunkt der Förderungen wird auf Existenzgründungen technologierorientierter Unternehmen liegen.
- Wir wollen Unternehmen einen leichteren, schnelleren Zugang zu öffentlich-finanzierten Forschungsergebnissen eröffnen.

Wertschätzung für Unternehmergeist

Bei den Existenzgründungen liegt Sachsen-Anhalt auf einem der hinteren Plätze des bundesweiten Vergleichs. Aber gerade Unternehmens- und Existenzgründungen sind ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige und zukunftssichere wirtschaftliche Entwicklung. Dabei ist der gesellschaftliche Stellenwert von Existenzgründerinnen und -gründern viel zu gering. Wir brauchen mehr mutige Menschen, die sich trauen, ein unternehmerisches Risiko eingehen und Arbeitsplätze schaffen.

Dabei setzen wir neben Fördermitteln vor allem auf themenspezifische Branchendialoge, schließlich sind die Bedürfnisse der einzelnen Unternehmen und der einzelnen Gründerinnen und Gründern sehr verschieden.

Das werden wir tun:

- Wir wollen kompetente Ansprechpartnerinnen und -partner für Unternehmerinnen und Unternehmer in den Verwaltungen etablieren. Es muss das Prinzip „Ein/e Unternehmer/in, ein/e Ansprechpartner/in für alle Fragen“ gelten.
- Wir geben eine konkrete Förderunterstützung in jeder Unternehmensphase.
- Wir werden themenspezifische Branchendialoge für passgenaue Förder-, Unterstützungs- und Entwicklungsmöglichkeiten etablieren.
- Wir werden ein enges und ganzheitliches Betreuungs- und Beratungsangebots für Existenzgründerinnen und -gründer – sowohl für die betriebswirtschaftliche Basis als auch für die Suche nach technischer Unterstützung – sicherstellen.
- Wir werden den Fachkräftesicherungspakt um die Problematik der Unternehmensnachfolge erweitern.

Die Bürokratie-Bremse treten

Wir werden alles dafür tun, den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt zu stärken und den hiesigen Unternehmen beste Bedingungen für die weitere Entwicklung zu bieten. Unsere Landesregierung wird als transparente Dienstleisterin gegenüber den Unternehmen sowie den Bürgerinnen und Bürgern auftreten. Dazu gehören auch verlässliche Rahmenbedingungen und ein kritischer Blick auf bürokratische Hürden. Dafür werden wir einen Maßnahmenkatalog zur Entbürokratisierung erstellen.

Das werden wir tun:

- Es wird feste und transparente Fristen zur Bescheidung von Anträgen geben.
- Wir werden überhöhte Verwaltungsstandards abbauen und alle Nebenbestimmungen in Fördermittelbescheiden minimieren und vereinfachen. Dazu werden allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen aus den EU-Fonds geschaffen.

- Vor dem Hintergrund der Einführung des Mindestlohngesetzes werden wir das Landesvergabegesetz vorzeitig novellieren und entbürokratisieren.
- Die Landesvergabestelle soll für alle Auftraggeberinnen und –geber offen sein und zum Selbstkostenpreis agieren.
- Wir werden eine Task-Force aus bestellten Expertinnen und Experten einrichten. Sie soll sich unterstützend um besonders förderwürdige Unternehmen kümmern, die an bürokratischen Hürden zu scheitern drohen.
- Wir werden E-Government ausbauen, um den Aufwand für Unternehmen, beispielsweise bei Bauanträgen oder öffentlichen Vergabeverfahren, zu verringern.

Stärkung des Tourismus

Der Tourismus ist ein wichtiger Image- und Wirtschaftsfaktor für unser Land. Er prägt das positive Bild Sachsen-Anhalts als weltoffenes, attraktives und tolerantes Bundesland. Sachsen-Anhalt als Kernland der deutschen Geschichte zeichnet sich schon heute als Reiseland aus, das seine Kernkompetenzen im Kultur- und Naturtourismus, Städtetourismus und Gesundheitstourismus hat.

Gäste unseres Bundeslandes sollen Sachsen-Anhalt schätzen lernen und einen Besuch in Sachsen-Anhalt als einen Urlaub mit vielfältigen Möglichkeiten verstehen. Damit ist der Tourismus auch ein wichtiger Wirtschaftszweig in Sachsen-Anhalt. Wir wollen dafür arbeiten, dass seine Potentiale ausgenutzt werden können.

Das werden wir tun:

- Wir werden das Reformationsjubiläum 2017 und das Bauhaus-Jubiläum 2019 nutzen, um Sachsen-Anhalt auch international bekannter zu machen.
- Angebote im Kultur- und Naturtourismus sollen stärker miteinander verknüpft werden.
- Wir werden die Zusammenarbeit mit den benachbarten Bundesländern verbessern, um die Anzahl und die Aufenthaltsdauer der Übernachtungsgäste zu steigern.
- Mit gezielter Förderung in Maßnahmen zur Qualifizierung, Vernetzung und einer Verbesserung des Marketings von ausgewählten Projekten (best practice) wollen wir den Tourismus im ländlichen Raum stärken.
- Wir werden die Ausbauförderung der touristischen Infrastruktur vor allem im Bereich Radwandern/Wandern/Wasserwandern sowie die Projektförderung im touristischen Bereich fortführen. Dabei wird die Herstellung der Barrierefreiheit als Förderkriterium aufgenommen.
- Wir wollen die touristische Vermarktung unseres Bundeslandes weiter professionalisieren. Landesinstitutionen wie der Investitions- und Marketinggesellschaft kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu. Koordination und Kooperation mit dem Landestourismusverband und den regional verwurzelten Tourismusverbänden wollen wir verstärken.

3. Power für Sachsen-Anhalt: neue Energie und sichere Arbeitsplätze

Sachsen-Anhalt ist ein traditionelles Energie-Land. Das gilt heute sowohl für konventionelle als auch für erneuerbare Energieträger. Dies ist nicht nur eine wichtige Basis für den Industriestandort Sachsen-Anhalt. Abnehmer des hier produzierten Stroms sind auch die großen Industrieregionen Süd- und Westdeutschlands

Energiewende als Chance für das Land der Erneuerbaren Energien

Sachsen-Anhalt ist als Land der Erneuerbaren Energien auf einem guten Kurs. Über 42 Prozent der in Sachsen-Anhalt produzierten elektrischen Energie bestehen bereits heute aus erneuerbarer Energie. Das kann sich sehen lassen. Wir werden diesen Weg fortsetzen, damit die gemeinsam verabredeten Ziele der Energiewende erreicht werden.

Für den Industriestandort Sachsen-Anhalt ist die Energieversorgung einer der wichtigsten Standortfaktoren. Dafür brauchen wir eine vernünftige Balance zwischen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Zudem bietet die weitere Entwicklung von Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien ein großes Potential zur Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen.

Wir wollen die Energiewende in unserem Land im Sinne der regionalen Wertschöpfung weiter voran bringen. Hierzu müssen die vorhandenen Potentiale, vor allem der Windenergie, der Photovoltaik, der Geothermie und der Bioenergie (Kaskaden- und Reststoffnutzung), sektorenübergreifend und effizient genutzt werden.

Eine der größten energiepolitischen Herausforderungen ist die Entwicklung von tragfähigen Technologien zur Energiespeicherung – auch im großen, industriellen Maßstab. Das ist eine der Voraussetzungen für die Gewährleistung einer Grundlastfähigkeit durch erneuerbare Energie.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Forschung und Entwicklung der Unternehmen im Energie-Bereich gemeinsam mit unseren leistungsfähigen Instituten und Hochschulen bedarfsgerecht und praxisorientiert weiterentwickeln.
- Wir werden ein Forschungsprogramm mit Pilotprojekten zur Speicherung von volatiler Energie initiieren.
- Die Energiewende muss auch im Wärmemarkt stattfinden. Deshalb schaffen wir gemeinsam mit landesweit agierenden Partnerinnen und Partnern Anreize, um verstärkt umweltfreundliche Energien im Heizungsbereich einzusetzen.
- Wir lehnen unkonventionelles Fracking und CO₂-Verpressung konsequent ab.

Lasten des Netzausbaus gerecht verteilen

Ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien ist möglich. Dafür müssen jedoch die geplanten Transportnetze ebenfalls gebaut werden.

In Ostdeutschland zahlen wir höhere Stromkosten als in anderen Bundesländern, weil wir die Kosten für den Ausbau der Übertragungsnetze alleine schultern. Das ist ein Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen in Sachsen-Anhalt und eine zusätzliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger. Dies hat neben dem konkreten Mehraufwand auch negative Auswirkungen auf die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende. Für den weiteren Ausbau der Übertragungsnetze ist es also notwendig, dass die Kosten – wie bisher bei Offshore-Anlagen auch – bundesweit umgelegt werden. Auch die bisher geleisteten Ausgaben müssen dabei angerechnet werden.

Bei der Planung von Überlandleitungen zur Verteilung der Energie von Nord- nach Süddeutschland wird auch Sachsen-Anhalt betroffen sein. Dabei geht es darum, dass wir unseren Energie-Überschuss dorthin weiterleiten, wo er gebraucht wird. Selbstverständlich müssen bei diesen Planungen die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, um die Akzeptanz der notwendigen Trassen zu sichern und die Verläufe möglichst optimal auszugestalten.

Das werden wir tun:

- Wir werden auf Bundesebene für eine gerechte Verteilung der Netzausbaukosten kämpfen. Es kann nicht sein, dass Sachsen-Anhalt die Statistik für alle Länder aufpoliert, aber allein dafür zahlt.
- Bürgerinnen und Bürger sollen frühzeitig und transparent in die Prozesse der Fortschreibung und Umsetzung des Netzentwicklungsplans sowie von Energieprojekten eingebunden werden.

Energiewirtschaft: kommunale und regionale Energieversorger

Die Energiewirtschaft in Sachsen-Anhalt ist seit vielen Jahren ein wichtiger Arbeitgeber. Dabei profitieren vor allem Handwerksbetriebe durch die Installation von Anlagen der dezentralen Energieversorgung. Große Windkraftanlagenbauer haben in Sachsen-Anhalt ihre Produktionsstätten. An unseren Hochschulen werden die Ingenieurinnen und Ingenieure auch für die Energiewirtschaft ausgebildet.

Die SPD steht zu den kommunalen und regionalen Energieversorgern. Unsere Stadtwerke sind eine zentrale Säule der Energiewende. Sie tragen als sichtbarer Teil des gesellschaftlichen Lebens vor Ort vielfach zum Gemeinwohl bei. Wir wollen die Stadtwerke als regionale Energieversorger unterstützen. Daher ist für uns eine Privatisierung von Stadtwerken keine Basis für eine langfristige, sichere Energieversorgung, das Gegenteil ist sinnvoll.

Das werden wir tun:

- Wir werden uns für faire Marktbedingungen für unsere Stadtwerke stark machen. Hierzu zählen auch verlässliche und auskömmliche Rahmenbedingungen im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Sinne der Daseinsfürsorge sind die Stadtwerke ein wichtiger Anker der kommunalen Infrastruktur.
- Kommunen müssen energiewirtschaftliche Tätigkeiten ermöglicht werden, damit Einnahmen im Sinne der regionalen Wertschöpfung vor Ort bleiben. Hierzu wollen wir das Kommunalrecht des Landes anpassen.

Brückentechnologie Braunkohle

Die intelligente Erschließung und Nutzung der uns zur Verfügung stehenden, eigenen Ressourcen sind für uns von zentraler Bedeutung. Seit 2006 produziert Sachsen-Anhalt, nicht zuletzt aufgrund der erneuerbaren Energien, mehr Energie, als wir im Land verbrauchen. Die Grundlastversorgung wird immer noch von der Braunkohle getragen. Das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben.

Die SPD Sachsen-Anhalt hat einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Kompromisses zur Zukunft der Braunkohle, der zwischen Bundesregierung, Energiewirtschaft und IG BCE vereinbart wurde. Dieser steht für sichere Energieversorgung Deutschlands, sichert auch in Sachsen-Anhalt tausende qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze und setzt unsere Klimaziele durch Reduktion des CO₂-Ausstoßes um.

Langfristig ist Braunkohle zu wertvoll, um sie nur für die Erzeugung von Strom zu nutzen, ihre Perspektive ist die stoffliche Nutzung. Zum einen brauchen wir sie für die Herstellung hochwertiger chemischer Grundstoffe und Produkte. Zum anderen müssen die CO₂-Belastungen weiter reduziert werden. Daher brauchen wir ein ehrliches Szenario für die Zukunft der Braunkohle. Dabei verschließen wir wegen der Klimaziele nicht die Augen vor einem notwendigen Strukturwandel. Die Energieversorgung muss sicher, bezahlbar und umweltfreundlich umgebaut werden.

Bei diesem Übergang achten wir auf die Sicherung der hochqualifizierten Arbeitsplätze in Tagebau und Stromerzeugung.

Das werden wir tun:

- Wir nutzen die Braunkohle zur Energieversorgung im Sinne des von der IG-BCE erreichten Kompromisses in dem Dreiklang von Versorgungssicherheit, Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Klimaschutz.
- Für den notwendigen Strukturwandel werden wir gemeinsam mit allen Beteiligten ein ehrliches, sozialverträgliches Szenario für die Zukunft der Braunkohle erarbeiten.

- Die stoffliche Verwertung der Braunkohle in der chemischen Industrie ist ein wichtiger Baustein.

Steigerung der Energieeffizienz

Die Steigerung der Energieeffizienz ist Teil einer nachhaltigen Energiepolitik. Dabei muss die öffentliche Hand als gutes Beispiel und als Förderer vorangehen. Wir wollen eine Energieeffizienzstrategie für das Land erarbeiten. Darin sollen Energieeinsparmaßnahmen in den Kommunen, ein Sanierungsfahrplan für landeseigene Liegenschaften sowie die beratende Unterstützung der Wirtschaft und der Bevölkerung zur Steigerung der Energieeffizienz enthalten sein.

Bei der Steigerung der Energieeffizienz hat sich nicht zuletzt das Innovations- und Investitionsprogramm STARK III als energetisches Sanierungsprogramm für Kindertagesstätten und Schulen bewährt. Das Programm werden wir fortsetzen.

Das werden wir tun:

- Wir werden ein integriertes Klimaschutz- und Energieprogramm mit klaren Zielkorridoren auf den Weg bringen. Hierbei spielt die Energieeffizienz eine zentrale Rolle.
- Die öffentliche Hand wird als gutes Beispiel bei der energetischen Sanierung vorangehen.
- Das Landesprogramm STARK III werden wir fortsetzen.
- Wir werden die Landesenergie-Agentur zum Kompetenz- und Beratungszentrum für Energie und Klimaschutz weiter entwickeln.

4. Digitales Sachsen-Anhalt

Die zunehmende Digitalisierung hat gravierende Auswirkungen auf unser Leben und unsere Arbeit. Sie bietet Chancen wie Risiken. Die SPD will durch eine kluge Digitalisierungs- und Netzpolitik die Chancen nutzen: für intelligente Produktionsprozesse und gute Arbeit, für Teilhabe und Demokratisierung, für Transparenz und Zugang zu öffentlichen Daten.

Ebenso gilt es aber, die Risiken der Digitalisierung zu erkennen und ihnen aktiv zu begegnen: durch verbesserten Datenschutz und Aufklärung, durch Festlegungen von Standards für gute digitale Arbeit und durch Bildungsangebote zur Verhinderung einer „digitalen Spaltung“ der Gesellschaft.

Notwendige Bedingung für digitales Wirtschaften, Arbeiten und Leben sind gute digitale Infrastrukturen. Dazu zählen leistungsfähige Netze und eine gute IT-Ausstattung in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen, dazu zählt aber auch eine gut aufgestellte heimische IT-Wirtschaft mit gut ausgebildeten Fachkräften.

Breitbandausbau und kommunales WLAN

Breitbandversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Für unsere Unternehmen ist sie inzwischen zu einem der wichtigsten Standortfaktoren geworden. Daher wollen wir alle Unternehmen, Privathaushalte und öffentlichen Institutionen bis Ende 2018 mit schnellen Internetanschlüssen - mindestens 50 MBit/s Downloadrate und eine adäquate Uploadrate - versorgen. Dabei setzen wir einen nachhaltigen Ausbau nach dem Grundsatz Glasfaser vor Funk. Zudem unterstützen wir bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Netzzugangs.

Das werden wir tun:

- Durch gezielten Einsatz von Fördergeldern der EU und des Bundes wird der Ausbau auch in Regionen vorangetrieben, in denen der Markt versagt.

- Beim Ausbau setzen wir auf Effizienz und Kostensenkung, indem wir den Breitbandausbau mit anderen Infrastrukturmaßnahmen koppeln.
- Freifunkinitiativen in Sachsen-Anhalt sollen stärker gefördert und beraten werden. Ebenso werden die Kommunen bei Einrichtung öffentlicher WLAN-Netze unterstützt. Dafür setzen wir einen Teil der Mittel aus der sogenannten Digitalen Dividende II ein.
- Zur Herstellung von Rechtssicherheit setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Störerhaftung für die privaten und kommunalen Anbieter freier Netzzugänge ein.

Informationelle Selbstbestimmung und Medienkompetenz

Der Zugang zu digitalen Netzen ist eine Voraussetzung für die Inanspruchnahme demokratischer Rechte und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir sprechen uns gegen jegliche Versuche von Zensur im und Überwachung des Internets aus. Für uns gilt der Grundsatz „löschen statt sperren“. Die SPD lehnt Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung, ohne den besonderen Schutz des rechtsstaatlichen Verfahrens, ab.

Die SPD sieht die Netzneutralität, d.h. die gleichwertige Übertragung von Daten ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Zieles, ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder verwendeter Geräte als fundamentalen Bestandteil der freien Meinungsäußerung im Internet an. Alle Bestrebungen, die Netzneutralität zu beschränken, werden abgelehnt. Ausnahmen darf es nur für spezielle staatliche Dienste, etwa im Rettungswesen, geben.

Im Zeitalter von Internet und sozialen Medien sind Kenntnisse über Datenschutz, informationellen Selbstschutz und Selbstbestimmung und über unkontrollierte Profilbildung durch Big-Data-Algorithmen wesentlich für das Berufsleben und den persönlichen Alltag. Wir setzen uns daher für verstärkte Medienbildung und Aufklärung ein. Technische Restriktionen können nicht die Medienkompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen ersetzen.

Das werden wir tun:

- Wir werden den Jugendmedienschutz stärken und wollen eine zeitgemäße Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.
- Wir werden die Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation quer durch alle Altersgruppen fördern. Das soll auch für die schulische Ausbildung gelten und schließt den Umgang mit freier Software ausdrücklich ein. Wir unterstützen Initiativen auf Bundesebene, die die Nutzung privater digitaler Daten durch Arbeitgeber und Versicherungsunternehmen beschränken.
- Wir werden die Nutzung von Open-Source-Software in der Landesverwaltung prüfen, um die Unabhängigkeit von großen IT-Konzernen zu erhöhen und die Landesfinanzen langfristig zu entlasten.

E-Government ausbauen und Behördengänge vereinfachen

Die Digitalisierung bietet große Chancen für effektivere und bürgerfreundlichere Behörden. Im Internetzeitalter ist es für viele Vorgänge eigentlich nicht mehr notwendig und zeitgemäß, stapelweise Papier auszufüllen oder für einfachste Vorgänge in den Wartezimmern von Behörden seine Zeit abzusitzen. Wir wollen die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation besser nutzen. Das hilft den Bürgerinnen und Bürgern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen.

Das werden wir tun:

- Wir arbeiten darauf hin, dass alle Behördenangelegenheiten in Zukunft grundsätzlich auch online erledigt werden können, soweit dies gesetzlich möglich und der Schutz persönlicher Daten gewährleistet ist. Dazu sollen die Kommunen bei der Umstellung auf elektronische Verfahren unterstützt werden.

- Wir werden die Onlineportale ausbauen. Dokumente und Webangebote sollen grundsätzlich durchgängig barrierefrei, mindestens aber barrierearm gestaltet sein. Wir werden die Medienkompetenz und Nutzung von E-Government bei Weiterbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden stärken und geeignete Weiterbildungskonzepte unterstützen.

Medienland Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt hat eine vielfältige Medienlandschaft mit starkem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, etabliertem Presse- und Verlagswesen, landesweiten und lokalen privaten Rundfunkanbietern, Bürgermedien sowie neuen Medienangeboten. Diese Vielfalt wollen wir erhalten. Zudem soll Sachsen-Anhalt als Dreh- und Produktionsstandort mit Unterstützung der Mitteldeutschen Medienförderung weiter gestärkt werden.

Wir stehen zu einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit Angeboten für breites Publikum, der technisch und journalistisch auf der Höhe der Zeit ist. Dabei streben wir eine Beitragsstabilität für Bürgerinnen und Bürger an. Das bedingt einen verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit den Beiträgen. Unverhältnismäßige Mehrbelastungen durch die Beitragsumstellung wollen wir korrigieren.

Das Land unterstützt weiter die privaten regionalen und lokalen Rundfunkanbieter. Zudem erhalten Bürgermedien als wichtige Teile einer pluralistischen Medienlandschaft langfristige Hilfen. Zudem müssen alle Bevölkerungsschichten ungehinderten Zugang zu Medien haben. Dazu wollen wir vor allem die flächendeckende Verfügbarkeit von schnellem Internet ausbauen.

Das werden wir tun:

- Wir wollen einen stabilen Rundfunkbeitrag für Bürgerinnen und Bürger. Dazu werden wir die Umstellung von Rundfunkgebühr auf Rundfunkbeitrag überprüfen und unverhältnismäßige Mehrbelastungen korrigieren.
- Sachsen-Anhalt soll als Dreh- und Produktionsstandort gestärkt werden.
- Wir werden die Bürgermedien langfristig unterstützen.

II. Bildung – Investition in die Zukunft

1. Bildungskette ohne Brüche

Für die SPD stehen Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit im Mittelpunkt der Bildungspolitik: Die Herkunft eines Menschen darf nicht über seine Zukunft entscheiden. Wir wollen gleiche Chancen für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Situation.

Bildung muss inklusiv sein. Inklusion bedeutet für uns gemeinsames Lernen aller Menschen in einem Bildungssystem, das alle ausgehend von ihren individuellen Voraussetzungen angemessen und ohne zu stigmatisieren fördert. Wir werden in Sachsen-Anhalt das inklusive Lernen weiterentwickeln. Die Bereitstellung von sonderpädagogischem Fachpersonal für alle Schulen ist ein wirkungsvoller Beitrag zur Teilhabe.

Bildung ist der Schlüssel zur Welt. Ein anspruchsvoller Arbeitsplatz, ein erfülltes Berufsleben und ein gutes Einkommen hängen ganz wesentlich vom Bildungsstand ab. Deshalb sind gute und durchdachte Investitionen in Bildung das Beste, was eine Gesellschaft an Gegenwartsgestaltung und Zukunftssicherung machen kann. Von einem Land der klugen Köpfe profitieren alle. Bildung aus einer Hand bedeutet daher für uns, dass insbesondere die frühkindliche Bildung mit der schulischen Allgemeinbildung und auch nachfolgend die berufliche und Erwachsenenbildung zu einer gut funktionierenden Bildungskette verbunden werden.

Frühkindliche Bildung

Um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, wird das flächendeckende, gut ausgebaute Netz der Kindertagesstätten erhalten bleiben. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung stellt entscheidende Weichen für den Bildungserfolg von Kindern. Unser Ziel bleibt, alle Kindertagesstätten zu Kinder- und Elternzentren weiterzuentwickeln. Mit einem garantierten Rechtsanspruch auf bis zu zehn Stunden Bildung und Betreuung haben wir die bundesweite Vorreiterrolle Sachsen-Anhalts auf diesem Gebiet gesichert. Nur mit den Eltern zusammen können wir allen Kindern eine selbstbestimmte und chancengerechte Entwicklung ermöglichen. Das immer weiter fortzuschreibende Programm „Bildung elementar“ wirkt hierbei unterstützend. Unser besonderes Augenmerk liegt dabei darauf, den Kindern mit sogenannten Lernbehinderungen zu ermöglichen, in der Grundschule gemeinsam zu lernen.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Kita-Öffnungszeiten ausbauen und die Möglichkeit schaffen, die gesetzlich garantierte Betreuungszeit von bis zu zehn Stunden flexibel in Anspruch zu nehmen.
- Kita-Schließzeiten in Schulferien soll es nicht mehr geben.
- Wir stehen für eine tarifgerechte Bezahlung aller Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen. Daher müssen die Landespauschalen angepasst werden.
- Wir werden verhindern, dass die Eltern unangemessen hoch an den Kosten beteiligt werden und kommunale Haushaltsengpässe die Kommunen dazu zwingen.
- Wir werden das Programm „Bildung elementar“ im Übergang zur Grundschule stärker einsetzen.
- Wir treten für eine Reform der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ein. Wir werden sie inhaltlich stärker am Programm „Bildung elementar“ ausrichten, praxisorientierter gestalten und die Gesamtausbildungszeit für junge Menschen verkürzen. Zudem wollen wir zukünftig auch dual ausbilden.

Schulische Bildung

Ziel unserer Schulpolitik ist es, jungen Menschen einen Rahmen zu schaffen, in dem sie sich ganzheitlich entwickeln, ihre Begabungen entfalten und Leistungen zeigen können. Alle Schülerinnen und Schüler sollen einen Abschluss erreichen, der ihnen eine Teilnahme am Berufsleben und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Mit der Etablierung der Gemeinschaftsschule haben wir die Voraussetzungen für ein längeres gemeinsames Lernen geschaffen. Die Gemeinschaftsschule ist ein Erfolgsmodell geworden. Immer mehr Schulen entwickeln sich zu Ganztagschulen. Sie bieten mehr Zeit fürs Lernen, für die individuelle Förderung von Begabungen und für das Ausprobieren verschiedener Angebote. Gerade im ländlichen Raum lohnt es sich daher, langfristig das Modell des „Campus Schule“ zu etablieren. Dort sollen sich verschiedene Angebote – auch von Vereinen – konzentrieren und die Schule so zum zentralen und lebendigen Ort machen.

In den letzten Jahren sind wir in vielen Bildungsbereichen deutlich besser geworden. Die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss geht Stück für Stück zurück. Die Zahl der Sitzenbleiberinnen und Sitzenbleiber hat sich an vielen Schulen halbiert. Wir haben mehr Ganztagschulen, und bei den letzten bundesweiten Ländervergleichen in Mathematik, Biologie, Physik, Chemie und Geographie gehören wir zur Spitzengruppe. Daran werden wir weiterarbeiten.

In den nächsten fünf Jahren geht etwa ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand. Wir werden deshalb deutlich mehr junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen können als bisher.

Das werden wir tun:

- Wir werden die erfolgreiche Schulform Gemeinschaftsschule weiterentwickeln. Auf der gesetzlichen Ebene wollen wir künftig Kooperationen mehrerer Gemeinschaftsschulen mit dem Ziel der Bildung einer gemeinsamen Oberstufe und die Bildung von Gemeinschaftsschulen mit 13-jährigem Abiturangebot als gleichberechtigte Variante ermöglichen.
- Wir werden die Anzahl der Ganztagschulen Jahr für Jahr erhöhen. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Partnern, wie Vereinen und kommunalen Akteuren, intensivieren und zusätzliche Mittel bereitstellen.
- Bei einem weiteren Ganztagschulausbau werden wir Hortbetreuung und Schule so miteinander verknüpfen, dass ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot vorgehalten wird.
- Die festgelegten Mindestgrößen für allgemeinbildende Schulen werden beibehalten. Für die Schulnetzplanung streben wir daher einen längerfristigen Planungshorizont an.
- Guter gemeinsamer Unterricht fördert alle Kinder. Die hierzu notwendigen materiellen und personellen Ressourcen werden wir bereitstellen. Dazu gehören auch entsprechende Fortbildungen sowie Barrierefreiheit und eine angemessene Ausstattung.
- Wir werden den gemeinsamen Unterricht in angemessenen Klassengrößen stärken. Förderschulen werden wir nur soweit zwingend erforderlich als Ergänzung zu einem inklusiven Bildungssystem fortführen.
- Schülerinnen und Schüler müssen sich in der modernen Medienwelt sicher bewegen können. Medienkompetenz ist eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation. Die Schule ist dafür ein wichtiger Lernort, der die Wissensgenerierung durch neue Technologien aufgreift. Wir werden den Einsatz von digitalen Bildungsmaterialien für einen modernen Unterricht viel stärker als bisher unterstützen.
- Eine höhere Eigenständigkeit der Schulen stärkt deren Möglichkeiten zur Verantwortungsübernahme und ist ein Beitrag zur Qualitätssicherung von Bildung

und Erziehung. Dabei sollen bürokratische Belastungen abgebaut werden. Mit dem Schulpreis wollen wir das Wirken erfolgreicher Schulen öffentlich anerkennen und damit deren Arbeit gesellschaftlich würdigen.

- Die Schulen in freier Trägerschaft sind ein Teil und Partner der Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt. Wir werden ihre Finanzierung weiter verlässlich sichern.
- Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung wollen wir dem Bildungsbereich ein festes Budget von Stellen und Personalmitteln bereitstellen, mit dem planbar und flexibel gearbeitet werden kann. Dazu gehört ein fester Rahmen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Beratungs- und Förderlehrkräfte in allen Schulformen. Diese multiprofessionellen Teams sind eine unverzichtbare Kompetenz.
- Wir sorgen für eine flächendeckende Unterrichtsversorgung durch vorausschauende Lehramtsausbildung und nachfolgende zügige Neueinstellungen. Zugangsmöglichkeiten für Quereinsteiger sollen ausgebaut werden.
- Um die Einstellungsbedarfe der nächsten Jahre decken zu können, benötigen wir deutlich mehr Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen. Neben einer dem Lehrbedarf angepassten Erweiterung der Kapazität an der Martin-Luther Universität Halle/Wittenberg soll auch die Wiedereinrichtung der Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg geprüft werden.
- Gemeinsam mit den Hochschulen muss die Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt zeitgemäß fortentwickelt werden. Wir wollen eine Lehrerausbildung, die inklusive Bildungsarbeit aufgreift, einen höheren Praxisbezug hat und stärker schulstufen- und schulformübergreifend erfolgt. Wir wollen das Ansehen und die Attraktivität des Lehrerberufes steigern.
- Wir setzen uns für den Wegfall des Bund-Länder-Kooperationsverbots im Bildungsbereich ein. Der Bund muss Schule verlässlich mitfinanzieren.

Berufliche Bildung

Wir wollen junge Menschen bei ihrem Berufsstart optimal unterstützen. Dazu gehört, sie frühzeitig und verständlich über Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten zu beraten und auf dem Weg von der Schule in die Ausbildung und anschließend in den Beruf Brücken zu bauen sowie die duale Ausbildung als leistungsfähigste Form der Fachkräfteausbildung zu stärken.

Das werden wir tun:

- Wir werden eine Jugendberufsagentur in Sachsen-Anhalt aufbauen und die Berufs- und Studienorientierung auch an den Gymnasien ausbauen.
- Mit den öffentlichen berufsbildenden Schulen wollen wir sicherstellen, dass auch in Zukunft möglichst viel wohnortnahe Berufsausbildung erfolgt und die Zahl pendelnder Auszubildender verringert wird.
- Zur Fachkräftesicherung setzen wir uns verstärkt für eine Kooperation mit den regionalen Ausbildungsbetrieben ein. Zielgerichtete Berufsinformationen und eine qualitativ hohe Ausbildung helfen, die Zahl der Abbrecher weiter zu senken.

Erwachsenenbildung

Lebenslanges Lernen sorgt dafür, dass die Menschen ihre Chancen auf gute Arbeit und ein gelungenes Berufsleben auch in Zeiten einer sich wandelnden Arbeitswelt wahren. Lebenslanges Lernen ist ohne eine verlässlich finanzierte Erwachsenenbildung nicht erreichbar. Für diese stehen wir ein.

Das werden wir tun:

- Wir wollen dafür sorgen, dass zukünftig mehrjährige Perspektivverträge mit den Trägern der Erwachsenenbildung abgeschlossen werden. In diesen werden konkrete Aufgaben, Leistungen und Fragen des Qualitätsmanagements geklärt. Angebote zur

Grundbildung (Alphabetisierung, Nachholen von Schulabschlüssen) wollen wir stärken.

- Das Anliegen des Bildungsfreistellungsgesetzes, Freiräume für die Erwachsenenbildung zu schaffen, muss präsenter werden. Es soll künftig auch für den Bereich der politischen Bildung gelten.
- Wir werden Studienabbrecherinnen und -abbrecher näher mit Unternehmen zusammenbringen. Beide Seiten sollen hier eine Unterstützung und Begleitung erfahren, damit der Übergang in eine ergänzende Ausbildung oder eine Beschäftigung gelingt.

Migration

Wir verstehen Migration als Herausforderung und Chance. Ein wichtiger Schritt für eine funktionierende und erfolgreiche Integration liegt neben dem Zugang zu einer schulischen Bildung mit dem Erlernen der deutschen Sprache in einer gerechten Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse. Dies hilft auch, dem Fachkräftemangel vorzubeugen.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder von Asylsuchenden sowie Flüchtlinge so schnell wie möglich regulär beschult werden.
- Eine verstärkte interkulturelle Erziehung soll helfen, Unterschiede kennenzulernen, Hemmschwellen abzubauen, Gemeinsamkeiten zu entwickeln und somit die Integration der Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft zu beschleunigen.
- Wir setzen uns für die schnelle Umsetzung von Regelungen zur Feststellung und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ein.

Demokratiebildung

Demokratische und politische Bildung muss alle Altersgruppen erreichen. Alle Bildungseinrichtungen sollen Orte sein, an denen Demokratie erlebbar und erlernbar wird. Die Ziele, die wir uns für die vergangene Wahlperiode gesteckt haben, haben wir weitestgehend erreicht. Wir wollen den eingeschlagenen Weg weitergehen.

Das werden wir tun:

- „Demokratielernen“ soll selbstverständlicher Teil schulischer und außerschulischer Bildung sein.
- Wir werden dafür arbeiten, dass die an den Schulen vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten aktiver und mutiger genutzt werden. Kinder und Erwachsene, Schülerinnen, Schüler und Lehrende müssen mit ihren Mitbestimmungsrechten besser vertraut gemacht werden und erfahren können, wie Partizipation vor Ort umgesetzt werden kann. Die Rechte der Schülerinnen- und Schülervvertretung werden wir ausbauen.
- Das Angebot und die Möglichkeit der Teilhabe an demokratischer und politischer Bildung sollen weiter ausgebaut werden und alle Altersgruppen von der Schule bis zur Erwachsenenbildung erreichen. Das betrifft auch die Vertretung der Schülerinnen und Schüler. Wir werden demokratische Jugendverbände als wichtige Partner mehr unterstützen.
- Wir setzen uns für einen Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte während der schulischen Laufbahn ein.
- Wir wollen, dass die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt durch politische Bildungsarbeit besser über die Bedeutung, Abläufe, Entscheidungsprozesse und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu und in den Europäischen Institutionen informiert ist.

2. Wissenschaft

Sachsen-Anhalt verfügt über eine leistungsfähige Wissenschaftslandschaft mit profilierten Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das hat der Wissenschaftsrat in seiner Begutachtung unserer Hochschulen im Sommer 2013 ausdrücklich festgestellt. Dass Sachsen-Anhalt zugleich ein attraktiver Studienort ist, beweist die ungebrochen hohe Studierendenzahl im Lande. Seit Jahren sind – entgegen der demografischen Entwicklung im Osten Deutschlands – mehr als 52.000 Studierende an unseren Hochschulen eingeschrieben.

Die Hochschulen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und in der Lage sind, sich auf veränderte Rahmenbedingungen einzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen leisten angesichts der geplanten Studienplatzzahl von 33.000 seit Jahren eine großartige Arbeit. Dabei setzen die Hochschulen die Profilierung ihrer Angebote fort und sind kompetenter Kooperationspartner für Wirtschaft, Verwaltung und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Für uns steht aber fest, dass die Hochschulen Institutionen sein sollen, die frei von wirtschaftlichen Abwägungen forschen und lehren können.

Verlässliche Finanzierung

Nach hitzigen Diskussionen über die künftige Finanzierung und Strukturen seit Anfang 2013 müssen die Hochschulen des Landes daher in den nächsten Jahren Gelegenheit bekommen, mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und unter Beteiligung ihrer akademischen Gremien die eigene Entwicklung voranzutreiben.

Wir sichern den Hochschulen des Landes eine verlässliche, auskömmliche Grundfinanzierung zu. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Hochschulen die von ihnen beschlossenen Entwicklungsschritte während der Laufzeit der Zielvereinbarungen bis Ende 2019 umsetzen können. Die, bereits mit dem Bund getroffenen, Verabredungen zur künftigen (Ko-)Finanzierung der Wissenschaft verschaffen dem Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt schon jetzt eine jährliche Entlastung von rund 30 Millionen Euro alleine aus der Übernahme der BAföG-Finanzierung. Diese Mittel stellen wir den Haushalten für Bildung und Wissenschaft vollständig, insbesondere zur Erhöhung der Grundfinanzierung, zur Verfügung.

Der gebührenfreie Zugang zum Studium ist für die SPD auch künftig nicht verhandelbar. Nur so lässt sich verhindern, dass soziale Herkunft über den Zugang zur akademischen Ausbildung entscheidet.

Das werden wir tun:

- Die jetzt getroffenen Vereinbarungen, vor allem zu den laufenden Zielvereinbarungen 2015 bis 2019 gelten. Dazu zählt auch die Garantie, dass spätestens 2020 die Tarifsteigerungen und der Inflationsausgleich vollständig vom Land getragen werden.
- Die Mittel des Bundes aus der Aufhebung des Kooperationsverbots stehen vollständig für die Bildung zur Verfügung und werden auch den Hochschulen zusätzlich zu Gute kommen.
- Zudem sichern wir den Hochschulen die notwendige Kofinanzierung von Programmen zu, die für die Einwerbung nationaler und internationaler Forschungs- und Fördermittel erforderlich sind.
- Es wird mit der SPD keine Studiengebühren für das Erststudium und den konsekutiven Master-Abschluss geben.
- Die Rolle des Behindertenbeauftragten an den Hochschulen soll gesetzlich verankert werden.

Faire Arbeit an den Hochschulen

In den kommenden Jahren werden wir die inhaltliche Profilierung der Hochschulen gemeinsam voranbringen. Am Ende dieses Prozesses wird feststehen, welche Grundfinanzierung zukünftig notwendig sein wird. Für einen leistungsfähigen Mittelbau sind dabei sichere unbefristete Stellen genauso wichtig wie die vollständige Erstattung von Tarifsteigerungen an unsere Hochschulen, damit diese nicht zu Lasten der Profilierung und der Qualität gehen. Auch prekäre Anstellungen dürfen zukünftig keinen Platz mehr an den Hochschulen unseres Landes haben.

Das werden wir tun:

- Zur Eindämmung von prekären Beschäftigungsverhältnissen werden wir im Dialog mit den Hochschulen verbindliche Mindeststandards verabreden. Beschäftigungen unterhalb einer halben Stelle und mit weniger als einem Jahr Laufzeit als Normalarbeitsverhältnisse entsprechen für uns nicht den Anforderungen an faire Arbeit.
- Wir setzen uns für eine angemessene Kombination aus unbefristeten Strukturstellen und länger befristeten Qualifizierungsstellen ein und werden die Stellenpläne der Hochschulen dementsprechend anpassen.
- Die Landesgraduiertenförderung werden wir evaluieren und den realen Bedingungen anpassen. Zudem wollen wir mit einer verbindlichen Doktorandenliste, einer Promotionsvereinbarung sowie einer eigenen Promovierendenvertretung den Status von Promovierenden verbessern.
- Hochschulräte und ähnliche Instrumente lehnen wir ab. Die Beschlussfassung in den Hochschulgremien muss unter fairer Berücksichtigung aller Statusgruppen zu erfolgen. Hierzu ist auch die professorale Mehrheit in den universitären Gremien auf den Prüfstand zu stellen.
- Wir werden die Mittel für die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Studentenwerke bereitstellen und eine angemessene Finanzierung des Betriebs der Studentenwerke sichern. Dies schließt Weiterbildungsmaßnahmen der Beschäftigten ein.

Landesexzellenzinitiative wiederbeleben

Neben guten Studienbedingungen und exzellenter Lehre müssen unsere Universitäten und Fachhochschulen in die Lage versetzt werden, ihrem Forschungsauftrag gerecht zu werden. Die Hochschulen stehen hier in einem überregionalen, mitunter internationalen Wettbewerb, den sie nur dann bestehen können, wenn das Land die erforderliche Ko-Finanzierung von Projekten möglich macht. Dafür ist es notwendig, sowohl in größeren Forschungsverbänden mitzuwirken, als auch weitere Schwerpunktförderung möglich zu machen.

Die Landesexzellenzoffensive hat dazu geführt, dass ausgewählte, überregional wie international anerkannte Forschungsschwerpunkte an den beiden Universitäten des Landes gebildet wurden. An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften wurde zugleich mit dem Kompetenzzentrum für Angewandten Technologietransfer ein starkes Netzwerk für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten geschaffen.

Das werden wir tun:

- Wir werden die ausgelaufene Landesexzellenzoffensive wieder beleben, um in besonders starken Feldern der Wissenschaft im Lande die internationale Kooperationsfähigkeit weiter zu erhöhen. Zugleich soll es für neue, bislang nicht geförderte Schwerpunkte eine Entwicklungsmöglichkeit geben.
- Gemeinsam mit den Hochschulen werden wir Forschungs- und Transferfelder identifizieren, die künftig in eine landeseigene Förderung neben der Landesexzellenzoffensive aufgenommen werden.

Hochschulmedizin weiterentwickeln

Sachsen-Anhalt braucht eine überregional sichtbare, zugleich aber im Land fest verankerte Hochschulmedizin. Der Erhalt der Medizinischen Fakultäten an beiden Universitäten ist zugesagt. Auch hier geht kein Weg daran vorbei, die Schwerpunktbildung in der Universitätsmedizin weiter voranzubringen und Lösungen zu finden, wie die dafür notwendigen Investitionen finanziert werden können. Ohne bundesweite Änderungen im System der Krankenhausfinanzierung werden es alle Universitätsklinika in Deutschland schwer haben. Deshalb ist es nötig, dafür auf Bundesebene zu kämpfen.

Das werden wir tun:

- Die Universitätsklinika in Magdeburg und Halle bleiben erhalten. Wir werden ihre Bemühungen, durch Kooperationen mit den Klinika im Umfeld ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern, weiter unterstützen.
- Unabhängig davon bedarf es einer echten strukturellen Reform der Krankenhausfinanzierung im Bund. Sie muss die tatsächlich geleisteten Dienste abbilden und zudem die besondere Situation der Universitätsmedizin berücksichtigen.
- Wir werden die jeweiligen hochschulmedizinischen Schwerpunkte an den Standorten weiterentwickeln.

3. Fachkräftesicherung und Zuwanderung

Fachkräftesicherung

Fachkräfte bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir müssen daher auch in den nächsten Jahren die notwendigen Fachkräfte ausbilden und finden. Die duale Ausbildung ist dafür eine zentrale Grundlage. Dafür werden wir den Fachkräftesicherungspakt mit Blick auf die geänderte Lebens- und Arbeitswelt der Menschen und mit Ausrichtung auf die Schwerpunktbranchen des Landes weiterentwickeln.

Insgesamt müssen sich sowohl die schulische Ausbildung und die Hochschulausbildung als auch die spätere berufliche Weiterbildung an die dynamischen Entwicklungen in der Arbeits- und der Wirtschaftswelt anpassen. Unser Ziel ist eine Durchlässigkeit in allen Phasen des Lernens und Arbeitens.

Das werden wir tun:

- Stärkung der Fremdsprachenausbildung angesichts der zunehmenden Internationalisierung
- Profilierung ausgewählter Schulen mit bilinguaem Unterricht
- Weitere Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Schule z.B. mit Kooperationsverträgen, Schülerakademien, Schülerlaboren
- Erfolgreiche Ansätze, wie der Innovationsassistent und die Transfergutscheine werden fortgeführt und weiterentwickelt.
- Wir werden eine umfassende Berufsorientierung gleichberechtigt an Sachsen-Anhalts Schulen bis Klasse 12 gesetzlich festschreiben. Dazu gehört in enger Abstimmung mit dem Kammern und Verbänden die Weiterentwicklung von verbindlichen Praxisanteilen im Schulunterricht.
- Wir stehen für eine verstärkte Ausprägung des Kompetenzfelds Werken im Fach Gestalten an den Grundschulen.
- Wir wollen eine landesweite Förderung von Projekten der Berufsfelderkundung durch Praxisstage.
- Wir wollen die Attraktivität der dualen Ausbildung und des dualen Studiums in den Bereichen Industrie, Handwerk und Verwaltung erhöhen.
- Wir werden die Weiterentwicklung der Fachgymnasien zu beruflichen Gymnasien vorantreiben.

- Wir wollen eine weitere Öffnung der Hochschulen auch für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, wie z.B. Meisterinnen und Meister, erreichen.
- Berufsbegleitende Studiengängen an Hochschulen sollen ausgebaut werden.

Den Demografischen Wandel gestalten

Für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes ist der demografische Wandel eine wesentliche Herausforderung, die wir gemeinsam meistern werden. Einiges haben wir schon erreicht. Die aktuellen Zahlen zeigen eine erfreuliche Tendenz. Der Wanderungssaldo ist in Sachsen-Anhalt inzwischen fast ausgeglichen. Sachsen-Anhalt ist ein lebenswertes Land, das auch in Zukunft erfolgreich seinen Weg gehen wird. Wir werden Sachsen-Anhalt als modernes und weltoffenes Land weiterentwickeln und die Attraktivität des Landes und seiner Regionen als einen Schwerpunkt unserer Öffentlichkeitsarbeit hervorheben.

Dem Fachkräftemangel muss mit der Erhöhung der Erwerbstätigenquote in allen Bereichen begegnet werden. Das bedeutet unter anderem eine noch stärkere Beschäftigung von Frauen, von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, eine Einbeziehung bisher nicht ausreichend qualifizierter Menschen durch Bildung und Weiterbildung. Gleichzeitig setzen wir auf eine offensive Politik pro Zuwanderung.

Die Potentiale der älteren Menschen wollen wir nutzen und das Zusammenleben der Generationen stärken.

Das werden wir tun:

- Wir wollen neue Strategien entwickeln. Rufbusse und die flächendeckende Ergänzung der medizinischen Versorgung durch die Gemeindeschwester (Mobile Praxisassistentin) sind erste Schritte, die wir in der kommenden Legislaturperiode weiterentwickeln und ergänzen wollen. Dazu gehören auch private und zivilgesellschaftliche Initiativen wie zum Beispiel Dorfläden.
- Wir müssen auch künftig alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte einbinden. Die bereits bestehende Demografieallianz und den Demografiebeirat werden wir fortführen.

Zuwanderung zur Bewältigung des demografischen Wandels erleichtern

Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung, um den demografischen Wandel zu bewältigen und den Fachkräftebedarf zu sichern. Zuwanderung stärkt uns wirtschaftlich, bereichert uns kulturell und trägt dazu bei, Sachsen-Anhalt durch Vielfalt attraktiver und weltoffener zu machen. Wir wollen mehr Zuwandernde dafür gewinnen, sich für Sachsen-Anhalt zu entscheiden. Dafür werden wir offensiv im In- und Ausland werben. Voraussetzung ist eine gelebte Willkommenskultur, mit der Zuwandernde offen aufgenommen, kompetent informiert und bestmöglich begleitet werden.

Menschen, die nach Sachsen-Anhalt kommen, um hier beruflich tätig zu werden, benötigen schnelle und umfassende Informationen, Angebote zur Sprachförderung, zügige Verfahren zur Anerkennung ihrer Berufsqualifikation und Angebote zur Ergänzungsqualifizierung. Unsere Verwaltungen, Einrichtungen und Dienste wollen wir dazu befähigen, Menschen unterschiedlicher Herkunft wertschätzend zu behandeln und Zugangsbarrieren abzubauen.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns für ein modernes Einwanderungsgesetz ein.
- Jeder nach Sachsen-Anhalt Zuwandernde soll von Anfang an ein Deutschkursangebot erhalten, um Grundlagen für Leben und Arbeiten in Sachsen-Anhalt zu schaffen

- Jedes nach Sachsen-Anhalt zuwandernde Kind und jeder Jugendliche sollen ein schulisches Deutschförderangebot erhalten, um die Voraussetzungen für Bildungserfolg und Ausbildungsintegration sicherzustellen. Dazu bauen wir ein landesweites Netz an Schulen mit Sprachförderung auf.
- Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sollen unter der Maßgabe überprüft und beschleunigt werden, dass möglichst viele Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt genutzt werden sollen. Anpassungsqualifizierungen werden ausgebaut.
- Zuwandernde und Flüchtlinge erhalten von Anfang an – neben sozialer Betreuung – kompetente, mehrsprachige Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmarktberatung, so dass Potentiale zur Fachkräftesicherung früher gehoben und genutzt werden können. Hierzu gehört auch die Schaffung einer mobilen Beratungsstelle die mit dazu beiträgt, dass Lohndumping und Ausbeutung von ZuwanderInnen auf dem Arbeitsmarkt verhindert wird.
- Öffentlich Beschäftigte in Behörden, Einrichtungen und Diensten benötigen mehr Fach- und Sprachkenntnisse sowie interkulturelle Kompetenz, um öffentliche Angebote auch auf Zuwandernde und eine vielfältige Kundschaft auszurichten. Diese Angebote werden wir für kommunale und Landesbeschäftigte schaffen.

III. Sachsen-Anhalt: sozial und sicher

1. Gesundheit und Verbraucherschutz

Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und Gesetzliche Krankenversicherung

Sachsen-Anhalt hat ein modernes und leistungsfähiges Gesundheitssystem. Die Versorgung orientiert sich an der aktuellen wissenschaftlichen Forschung und modernen medizinischen Standards für alle Bürgerinnen und Bürger, und zwar unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen oder sozialer Situation. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft alle Menschen Zugang zu medizinischer Vollversorgung haben. Eine Zwei-Klassen-Medizin wird es mit der SPD nicht geben.

Das werden wir tun:

- Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für die Bürgerversicherung stark machen, in die alle nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einzahlen und mit der alle nach ihren medizinischen Bedürfnissen versorgt werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Krankenversicherungsbeiträge wieder gleichermaßen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen werden.
- Wir wollen die Hausärztinnen und -ärzte als erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen unterstützen. Um Wartezeiten so gering wie möglich zu halten, wollen wir Ärztinnen und Ärzte von nicht ärztlichen Tätigkeiten entlasten und dazu bereits bestehende Projekte, wie die Mobile Praxisassistentin, weiterentwickeln.
- Bereits im Studium wollen wir die künftigen Medizinerinnen und Mediziner gezielt für das Fach Allgemeinmedizin gewinnen. Nach Studienabschluss sollen junge Ärztinnen und Ärzte zudem durch die Anstellung in medizinischen Versorgungszentren die Möglichkeit einer besseren Vereinbarung von Familie und Beruf haben.
- Praxisgründungen und Praxisübernahmen von Hausärztinnen und Hausärzten vor allem im ländlichen Bereich sollen stärker gefördert werden, etwa durch einen Ausbau des bereits bestehenden Systems an Gründungs- und Haltezuschlägen.
- Um die Versorgung in strukturschwachen Regionen unseres Landes sicherzustellen, wollen wir die bereits vorhandenen Krankenhausstrukturen stärker für die ambulante Versorgung nutzen. Zusammen mit den bestehenden Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) wollen wir sie zu einem Netz regionaler Gesundheitszentren ausbauen.
- Wir werden die beiden Universitätsklinika in Halle und Magdeburg weiterentwickeln. Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Unikliniken sowie der Salus gGmbH lehnen wir ab.
- Das Investitionsprogramm des Bundes für Krankenhäuser werden wir kofinanzieren, um auch unseren Krankenhäusern notwendige Ersatzinvestitionen zu ermöglichen.
- Wir setzen uns für ein Modellprojekt Telemedizin in unserem Flächenland ein.
- Wir werden die Krankenhausplanung an Erreichbarkeit und Versorgungsqualität ausrichten und uns auf Bundesebene für ein Pflegestellen-Förderprogramm einsetzen.

Prävention und Gesundheitsförderung

Gesundheitsförderung und Prävention sind heute ein wichtiger Teil der Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt. Die meisten Erkrankungen könnten bei einer gesünderen Lebensführung vermieden werden. Gesunde Lebensweise muss selbstverständlich werden und von den Kranken-, Renten- und Unfallkassen stärker unterstützt werden. Um hier größtmögliche Effekte zu erreichen, wollen wir bereits im frühen Lebensalter ansetzen.

Das werden wir tun:

- Die Umsetzung des Präventionsgesetzes auf Landesebene werden wir aktiv begleiten und gestalten. Unseren Fokus werden wir dabei auf die Prävention und Gesundheitsaufklärung in der Kindertagesstätte, über die Schulen, bis hinein in die Arbeitswelt legen.
- Präventive Ansätze, wie das Vermeiden und Erkennen von Zivilisationskrankheiten, sollen im Medizinstudium einen höheren Stellenwert erhalten.
- Wir wollen allen Frauen und Männern den Zugang zu spezifischen Gesundheitsleistungen ermöglichen und verstärkt in die Förderung der Frauen- und Männergesundheit intensivieren.
- Wir wollen Projekte zur Prävention von Erkrankungen, wie etwa Brustkrebs oder des Herz-Kreislaufsystems sowie zur Sexualaufklärung und zu Suchtmittelmissbrauch und -abhängigkeit unterstützen.
- Wir wollen die Präventionsangebote gegen sexuell übertragbare Krankheiten ausbauen und medizinische Versorgung HIV- Infizierter in Sachsen-Anhalt verbessern.
- Die SPD wird für die Einführung einer Impfpflicht für Kinder im Rahmen ausgewählter Impfprogramme gegen nicht saisonale Infektionskrankheiten in Sachsen-Anhalt gemäß der auf Kinder bezogenen Empfehlungen des Impfkalenders der Ständigen Impfkommision des Robert-Koch-Instituts einsetzen, damit alle Kinder in Sachsen-Anhalt über einen altersgemäßen Impfschutz verfügen.

Psychiatrieplanung

Die starke Zunahme psychischer und dementieller Erkrankungen in Sachsen-Anhalt sind für uns Anlass im Rahmen der Sozialplanung auch die Zielvorstellungen für eine zeitgemäße psychiatrische Versorgung zu überarbeiten. Dabei sollten psychisch Erkrankte den körperlich Kranken gleichgestellt werden.

Eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und umfassende Versorgung aller psychisch erkrankten Menschen und Menschen mit Behinderungen ist anzustreben. Es gilt auch hier der Vorrang der ambulanten vor der stationären Behandlung. Die extrem langen Wartezeiten auf eine ambulante Behandlung müssen abgebaut werden.

Wir werden das Gesetz über die Hilfen für psychisch Erkrankte und Schutzmaßnahmen des Landes zeitnah novellieren.

Das werden wir tun:

- Mit einem differenzierten System von über dem Land verteilten Einrichtungen, soll die Versorgungsqualität in den Regionen verbessert werden.
- Wir werden das Gesetz über die Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt zeitnah novellieren.

Pflege und Palliativversorgung

Die SPD steht für eine würdevolle, soziale Pflege, die allen Menschen das notwendige Maß an Zuwendung und Versorgung garantiert. Sobald die Ergebnisse der vom Land in Auftrag gegebenen Pflegebedarfsstudie vorliegen, werden wir auch hier im Rahmen der Sozialplanung die Zielvorstellungen für eine zeitgemäße pflegerische Versorgung erarbeiten, die eine Pflege so lange wie möglich zu Hause ermöglicht. Dazu sollen bezahlbare, altengerechte beziehungsweise barrierefreie Wohnungen erhalten oder neue Wohnformen geschaffen werden. Dies werden wir gemeinsam mit Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsgenossenschaften und privaten Vermietern im vertrauten Lebensumfeld organisieren.

Das werden wir tun:

- Mit einem differenzierten System von Einrichtungen, über das Land verteilt, soll die Versorgungsqualität in den Regionen verbessert werden.
- Wir fördern teilstationärer Altenpflege und regionaler Demenzzentren, die Tagesangebote vorhalten und den Angehörigen auch für Beratungen zur Verfügung stehen.
- Wir werden das System der vernetzten Pflegeberatung in Sachsen-Anhalt weiter entwickeln und professionalisieren.
- Qualitätssicherung in der Pflege ist für uns elementar. Wir begrüßen daher die Novellierung des „Pflege-TÜV“ und werden das Verfahren auf Bundesebene aktiv begleiten.
- Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Altenpflege soll Auszubildenden und examinierten Pflegekräften eine angemessene Bezahlung sichern. Wir werden uns dafür einsetzen.
- Wir unterstützen die Reform der Ausbildung und setzen uns für ein generalisiertes Berufsbild aus Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege ein.
- Wir werden die Finanzierung der ambulanten Palliativversorgung sichern und ausbauen. Von einer neuen Förderrichtlinie sollen künftig auch Hospizdienste profitieren, die bereits von den Krankenkassen Personalkostenzuschüsse erhalten.

Verbraucherschutz und Verbrauchersicherheit

Die SPD wird sich für einen effektiven Verbraucherschutz in allen Lebensbereichen einsetzen. Dieses weite Feld beginnt beim Aufdecken von Lebensmittelskandalen, geht über unübersichtliche Finanzierungsmodelle bei Kreditinstituten und undurchschaubare Risiken der Gentechnik und geht bis zur Frage, wie in der digitalen Welt die eigenen Daten geschützt werden können.

Das werden wir tun:

- Das derzeitige Angebot der Verbraucherzentralen werden wir sichern und fördern und zudem in Kooperation mit den Kommunen die Schuldnerberatungsstellen stärker unterstützen.
- Wir werden die vom Land finanzierten Insolvenzberatungsstellen stärker fördern.
- Auf Landesebene soll eine Verbraucherkommission als unabhängiges, beratendes Expertengremium eingesetzt und regelmäßig ein Bericht zur Situation und Entwicklung des Verbraucherschutzes in Sachsen-Anhalt vorgelegt werden.
- Wir setzen auf eine verbesserte Verbraucherinformation. Mit einem Transparenzgesetz wollen wir Informationen der Verwaltung – im Sinne von Open Data – unmittelbar der Allgemeinheit „von Amts wegen“ zugänglich machen. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen jederzeit die Kontrolle über ihre bei Behörden und Ämtern gespeicherten Informationen haben können.

Gesunde und sichere Lebensmittel

Wir wollen eine schnellere Reaktionsfähigkeit der Lebensmittelkontrollbehörden bei Lebensmittelkrisen gewährleisten und die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln weiter verbessern. Handlungsbedarf besteht zudem bei dem Ausbildungsmaterial zu gesunder Ernährung an den Schulen. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass die bisherigen Unterlagen oft von der Lebensmittelindustrie finanziert und daher für eine gesunde Lebensführung ungeeignet sind.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns für ein bundesweit einheitliches System zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Ergebnisse amtlicher Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen ein. Ziel ist ein Transparenzsystem für die Verbraucherinnen und Verbraucher, um sich über Ergebnisse amtlicher

Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen vor dem Kauf eines Lebensmittels oder vor dem Betreten einer Gaststätte in verständlicher Art und Weise zu informieren.

- Verpflegungsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung sollen in allen Schulen verpflichtend werden. Außerdem sollen alle Kinder am Schulesseisen teilnehmen können. Wir werden deshalb prüfen, wie wir als Landesregierung die Finanzierung einer gesunden Schulspeisung unterstützen können.
- Wir werden sicherstellen, dass das Lehrpersonal kostenfreie und neutrale Unterrichtsmaterialien für eine gesunde Ernährungs- und Verbraucherbildung nach anerkannten Stand der wissenschaftlichen Forschung erhält.

2. Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik

Familie ist der wichtigste Ort für jede und jeden von uns, um Orientierung zu finden, und die wichtigste Grundlage unserer Gesellschaft. Dabei bedeutet Familie heute nicht mehr nur Ehe und Kinder, es gibt eine Vielfalt von unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebensgemeinschaften. Wir stehen für eine moderne Familienpolitik, die allen Lebensmodellen die Möglichkeit zur freien Entfaltung bietet und ihnen Sicherheit und Geborgenheit garantiert. Familien mit Kindern verdienen gesellschaftliche Achtung. Auch Großfamilien müssen die Chance haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Sie dürfen nicht durch Preisgestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen ausgeschlossen werden. Familienrabatte müssen auch die Bedürfnislagen von Großfamilien berücksichtigen.

Menschen, die sich für Kinder entscheiden, wollen und brauchen gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehört, dass sich die Partnerinnen und Partner die Aufgabe der Kinderbetreuung partnerschaftlich teilen können. Eine große Unterstützung dafür ist der umfassende Anspruch aller Kinder bis zum 6. Lebensjahr auf Betreuung vor dem Schuleintritt. Sachsen-Anhalt nimmt einen Spitzenplatz bei der Betreuungsquote ein. Dazu wird auch die Qualität der Betreuung weiter verbessert.

Ein immer wichtigeres Thema ist die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen. Das neue Familienpflegezeitgesetz ermöglicht zehn Tage bezahlten Urlaub bei einem akuten Pflegefall und bis zu sechs Monate unbezahlte Freistellung bei vollem Kündigungsschutz.

Mehr Recht(e) für Kinder

Junge Menschen sind die Zukunft jeder Gesellschaft. Daher sollen alle Kinder den gleichen Zugang zu Bildung von Anfang bekommen. Jedes Kind soll gemäß seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten bestmöglich gefördert werden. Den Grundstein für die Strukturen haben wir im Bereich der Kindertageseinrichtungen und der Schulen gelegt.

Das werden wir tun:

- Dem Kinderschutz messen wir große Bedeutung bei und werden ihn in Zusammenarbeit mit dem Zentrum „Frühe Hilfen“, den Jugendämtern, den integrierten Beratungsstellen, den Gesundheitsämtern, Schulen und Polizeidienststellen weiter fördern.
- Der Kinder- und Jugendbericht soll als Grundlage für konkrete Schritte einer konzeptionellen Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit dienen. Eingebunden in die Kinder- und Jugendhilfeplanung vor Ort kann zielgruppengenau auf die Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen eingegangen werden.
- In der nächsten Legislaturperiode werden wir auf die konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention hinwirken. Dazu gehört auch eine stärkere Teilhabe und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen. Wir stehen daher für die Absenkung des Wahlalters auch auf Landesebene auf 16 Jahre.

Langfristige Kinder- und Jugendhilfe

Erfolgreiche Kinder- und Jugendhilfe braucht Strukturen auf die sich alle Beteiligten verlassen können. Kinder und Jugendliche brauchen Kontinuität bei ihren Ansprechpartnerinnen und -partnern sowie feste Orte. Die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe als wesentliche Partner der Kinder und Jugendlichen brauchen Verlässlichkeit in den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit.

Die Träger in ihrer Vielfalt begleiten Kinder und Jugendliche als mündige Bürgerinnen und Bürger auf ihrem Weg in die Gesellschaft in allen Lebenslagen. Diese wichtige Arbeit muss angemessen entlohnt werden. Daher wollen wir eine tarifgerechte Entlohnung in der Kinder- und Jugendhilfe und langfristige Arbeitsverhältnisse von Fachkräften.

Das werden wir tun:

- Die Arbeit der Jugendverbände soll vor Ort ein stärkeres Gewicht bekommen. Sie sind wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für Kinder und Jugendliche, vertreten deren Interessen und müssen –wie auch die Kinder und Jugendlichen selbst - die Chance zur Mitgestaltung erhalten.
- Auf der Grundlage einer verbindlichen Jugendhilfeplanung in den Kreisen und kreisfreien Städten unterstützen wir Jugendarbeit vor Ort. Wir werden die Landesmittel für das Fachkräfteprogramm und die Jugendpauschale verstätigen.

Beratung aus einer Hand

Menschen brauchen in verschiedenen Lebenssituationen Rat und Hilfe. Dabei sind die Probleme in der jeweiligen Situation oft nicht nur auf einen Bereich beschränkt. Wir stehen für eine Beratung aus einer Hand. Dazu haben wir die unterstützenden Hilfen im Netz der integrierten Beratungsstellen von Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatung, Schwangerschaftsberatung, Sucht- und Schuldnerberatung gestärkt und gesetzlich geschützt. Eine eigenständige Jugendpolitik für Sachsen-Anhalt
Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes. Sie brauchen eine Heimat, Mitwirkungsmöglichkeiten und Perspektiven in Sachsen-Anhalt.

Das werden wir tun:

- Wir werden ein eigenständiges jugendpolitisches Programm für Sachsen-Anhalt erarbeiten. Die Positionen der Jugendverbände als Interessensvertretungen bilden dafür die zentrale Grundlage.
- Wir werden an einer Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatung, Schwangerschaftsberatung, Sucht- und Schuldnerberatung festhalten.
- Wir bauen auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Trägern, damit eine qualitativ hochwertige Beratung und Begleitung der Hilfesuchenden möglich ist.

Die Lebensleistung älterer Menschen würdigen

Sachsen-Anhalt soll ein Bundesland sein, in dem die Lebensleistung älterer Menschen gewürdigt wird. Wir wollen gute Bedingungen für älteren Menschen schaffen, die nicht mehr im Berufsleben stehen, aber weiter aktiv sein möchten. Ehrenamtliches Engagement und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung im Alter sind uns wichtig.

Mitwirkung ist in allen Bereichen ein demokratisches Grundrecht. Das gilt auch für Seniorinnen und Senioren. Viele ältere Menschen bringen sich gern in die Gesellschaft ein, auch wenn sie nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Für ehrenamtliche Arbeit im Ruhestand zum Wohle der Allgemeinheit darf es keine bürokratischen Hürden geben.

Mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit müssen die Unterschiede im Rentenrecht endlich abgeschafft und noch bestehendes Unrecht gegenüber Ost-Rentnern beseitigt

werden. Wir unterstützen daher Initiativen auf Bundesebene zur Schaffung eines einheitlichen und gerechten Rentensystems in Ost und West und werden erforderlichenfalls eigene Initiativen auf der Länder- und Bundesratsebene starten.

Das werden wir tun:

- Seniorinnen und Senioren sollen über die Seniorenvertretungen bei den gesellschaftlichen Entscheidungen mitwirken können, die sie betreffen. Dazu wird es ein „Seniorenvertretungsgesetz“ auf Landesebene geben. Wir unterstützen die Forderung des Landesseniorenforums nach Einführung eines Landesseniorenbeauftragten.
- Wir werden in Sachsen-Anhalt eine Ehrenamtskarte nach dem Vorbild vieler anderer Bundesländer einführen.
- Wir setzen uns für ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West und die Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente ein. Dabei sollen auch die unterschiedlichen Erwerbsbiographien Berücksichtigung finden.

3. Inklusion und Teilhabe

Wir stehen zum Grundsatz von Inklusion und Teilhabe. Sachsen-Anhalt soll ein Land sein, in dem niemand ausgeschlossen wird, in dem jeder Mensch seinen Platz findet. Sämtliche Bereiche des Lebens müssen so gestaltet werden, dass alle Menschen daran teilhaben können.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Ein Wegweiser für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen ist die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen sie umsetzen. Letztendlich kommen Maßnahmen zur Inklusion, die Menschen mit Behinderung das Leben einfacher machen, allen Menschen zugute. Partner sind dabei die vielen Selbsthilfeorganisationen und Interessenvertretungen. Gemeinsam wollen wir das Prinzip „Nichts über uns ohne uns“ weiter stärken. Wir unterstützen den Bund bei dem Vorhaben, ein Bundesteilhabegesetz zu schaffen, in dem auch die Eingliederungshilfe so gestaltet wird, dass es den Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglicht. Dazu werden wir auch unsere Sozialagentur umgestalten, mit dem Ziel, Inklusion und Teilhabe Menschen mit Behinderungen besser verwirklichen zu helfen.

Initiative „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“

Barrierefreiheit beschränkt sich nicht nur auf bauliche Maßnahmen wie barrierefreie Wohnungen und Haltestellen oder abgesenkte Bordsteine. Sie betrifft alle Lebensbereiche. So muss das Internet für alle nutzbar sein, um uneingeschränkten Zugang zu wichtigen Informationen gewährleisten. Angemessene Schriftgrößen, aber auch die Verwendung einer einfachen und verständlichen Sprache sind Grundvoraussetzungen, wenn wir allen Menschen eine Teilhabe garantieren wollen

Das werden wir tun:

- Eine Voraussetzung für die Teilhabe ist der Abbau von Barrieren – auch in den Köpfen. Dazu wird die SPD eine Initiative „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ starten.
- Zur Barrierefreiheit des Internets werden wir nicht nur Aufbau eines Informationszentrums „Barrierefreiheit“ unterstützen. Dazu wird auch die Landesverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen.
- Wir werden uns für Zielvereinbarungen zum flächendeckenden Ausbau der Bahnhöfe zu barrierefreien Bahnhöfen auf allen notwendigen Ebenen einsetzen.

Teilhabe am Arbeitsmarkt

Die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist ein besonderes Anliegen der SPD. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen sensibilisiert werden, Menschen mit Behinderung mit ihren Stärken und Potenzialen eine Chance auf berufliche Integration zu bieten. Hierbei spielen die Schwerbehindertenvertretungen eine wichtige Rolle.

Das werden wir tun:

- Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Kommunen, der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, der LAG der Werkstätten und den Selbsthilfeverbänden soll dazu ein Pakt für die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung geschlossen werden.
- Mit der Ausgabe von Zertifikaten sollen Menschen mit Behinderungen aus den Werkstätten ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten verlässlich nachweisen können und damit ihren Weg in eine reguläre Beschäftigung finden.
- Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass Personen, die die Werkstätten für Menschen mit Behinderung verlassen, um auf dem regulären Arbeitsmarkt eine Stelle anzunehmen, bei Verlust des Arbeitsplatzes wieder in die Werkstatt zurück können.
- Die landeseigene Salus gGmbH werden wir mit der Schaffung von mehr Integrationsbetrieben beauftragen.

4. Innere Sicherheit und Justiz

Nach unserer Vorstellung vom Zusammenleben haben alle Menschen einen Anspruch auf ein Leben frei von Angst. Dazu gehört auch ein Leben frei von Furcht vor Kriminalität und Bedrohungen für unser Zusammenleben in einer demokratischen, pluralen Gesellschaft. Uns ist besonders wichtig, dass auch die Menschen sicher sind und sich sicher fühlen, die sich Sicherheit nicht privat kaufen können. Denn Sicherheit ist Grundbedingung für Freiheit. Dafür hat der Staat Sorge zu tragen.

Wir wollen mit den Mitteln des Rechtsstaates für das größtmögliche Maß an Sicherheit sorgen, Terrorismus und Kriminalität wirksam bekämpfen, ohne die Freiheitsrechte in Frage zu stellen. In den letzten Jahren hat die Kriminalitätsbelastung in Sachsen-Anhalt wieder zugenommen. Das gilt auch für die Internetkriminalität. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Dafür ist eine personell und sächlich gut ausgestattete Polizei unabdingbar. Zugleich ist der Prävention als übergreifende Aufgabe von Land und Kommunen eine noch größere Aufmerksamkeit zu widmen. Ein wichtiges Instrument hierfür ist der Landespräventionsrat.

Polizeistruktur in Sachsen-Anhalt und Personalentwicklung bei der Polizei

Für eine ausreichende Präsenz der Polizei in der Fläche halten wir eine Personalstärke von mindestens 6.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten auch über das Jahr 2016 für unabdingbar.

Das werden wir tun:

- Diese Personalstärke werden wir durch Ausbildung und Neueinstellung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten absichern.
- Zudem muss die Polizei modern und technisch gut ausgestattet sein. Dafür werden wir uns einsetzen.

Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Es entspricht nicht unserer Überzeugung, neuen Bedrohungen oder auch nur subjektiven Ängsten mit immer neuen Gesetzesverschärfungen zu begegnen. Die Vorschriften des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung haben sich im Wesentlichen bewährt. In drei Punkten sehen wir dennoch Verbesserungspotenzial und Handlungsbedarf.

Das werden wir tun:

- Mehr Transparenz stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Polizei. Polizistinnen und Polizisten im Einzeldienst tragen schon heute Namensschilder. Wir werden auch eine individuelle Kennzeichnung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in geschlossenen Einsätzen einführen, die jedoch deren Sicherheit und Persönlichkeitsrechte wahrt.
- Wir wollen nicht, dass den Menschen in Sachsen-Anhalt die Polizei „hoch zu Ross“ gegenübertritt. Deshalb werden wir das Dienstpferd als Einsatzmittel aus dem Katalog des SOG LSA streichen. Wir werden die Polizeibehörden in die Lage versetzen, schneller und konsequenter gegen Verbrechen im Internet wie zum Beispiel Mobbing, Stalking, Volksverhetzung, Beleidigungen und Drohungen vorzugehen.
- Die Ausrüstung der Polizei mit nichttödlichen Distanzwaffen („Taser“) lehnen wir ab.
- Die kreisfreien Städte können auf Antrag wieder als Versammlungsbehörde fungieren.

Reform des Verfassungsschutzes

Der Rechtsextremismus und die weltweiten Gefahren des Terrors machen den Verfassungsschutz weiterhin unverzichtbar. Er muss jedoch dringend reformiert werden. Verfassungsschützerinnen und -schützer müssen nicht in erster Linie Geheimdienstlerinnen und -dienstler sein, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem richtigen Gespür für Gefahren, die unserer Demokratie drohen.

Das werden wir tun

- Die Befugnisse und die Ausstattung der Parlamentarischen Kontrollkommission müssen so erweitert werden, dass die Tätigkeit des Verfassungsschutzes systematisch und nachhaltig beaufsichtigt werden kann.
- Der Einsatz von V-Personen braucht einen gesetzlichen, transparenten Rahmen. Den werden wir schaffen.

Leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz, moderner Rettungsdienst

Zehntausende Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter leisten bei Feuerwehren und Hilfsorganisationen eine hervorragende ehrenamtliche Arbeit. Die Katastrophen und Großschadenslagen der letzten Jahre haben ihre hohe Leistungskraft unter Beweis gestellt.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Feuerwehren bei der Nachwuchs- und Mitgliedergewinnung unterstützen und die Landesfeuerweherschule in Heyrothsberge wieder stärker als Zentrum der Aus- und Weiterbildung profilieren.
- Wir werden in Sachsen-Anhalt die Voraussetzungen schaffen, den Feuerwehrführerschein zu erwerben und die Kommunen bei den aufwändigen Investitionen in Technik und Gebäude stärker unterstützen. Dazu wird die Feuerschutzsteuer wieder stärker auf die Städte und Gemeinden umgelegt.
- Wir werden das Institut für Brand- und Katastrophenschutz (IBK) in Heyrothsberge erhalten, fördern und unterstützen, um eine überregionale und professionelle Ausbildung aller Feuerwehrkameradinnen und -Kameraden in Sachsen-Anhalt sicher zu stellen.
- Werkfeuerwehren leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit, wo besondere Risiken bestehen. Wir werden die nicht mehr zeitgemäßen Rechtsvorschriften

modernisieren und damit einen Anreiz zur Aufstellung von Werkfeuerwehren schaffen.

- Sachsen-Anhalt verfügt über ein modernes Rettungsdienstgesetz. Schwerpunkt wird in der neuen Wahlperiode die Umsetzung des Notfallsanitätäergesetzes in Hilfsorganisationen, Berufsfeuerwehren und Leitstellen sein.
- Für die Wasser- und Bergrettung werden wir eine verlässliche gesetzliche Finanzierungsgrundlage schaffen.

Bürgerfreundliche Justiz

Sachsen-Anhalt hat eine leistungsfähige Justiz. Dazu hat sozialdemokratische Rechtspolitik maßgeblich beigetragen. Unser Anspruch wird es auch weiterhin sein, eine bürgerfreundliche und effektiv arbeitende Justiz vorzuhalten.

Rechtsschutz zu bekommen, darf auch künftig nicht von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängen. Wir werden allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrem Einkommen auch weiterhin den gleichen Zugang zu Recht und Justiz gewährleisten. Bestrebungen, aus Kostengründen die Prozess- und Beratungskostenhilferegulungen zu ändern, werden wir nicht unterstützen.

Wir bekennen uns zu einer dauerhaften Verankerung von Gerichtsstandorten in der Fläche des Landes. Die Bildung von Justizzentren in Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal hat sich bewährt. Eine Privatisierung von Justizaufgaben wird es mit uns nicht geben. Deshalb werden wir auch die teilprivatisierten Dienstleistungen in der Justizvollzugsanstalt Burg wieder in staatliche Hände zurückführen

Das werden wir tun:

- Um auch in Sachsen-Anhalt für den Einzelnen einen umfassenden Rechtsschutz zu schaffen, werden wir die Individualverfassungsbeschwerde beim Landesverfassungsgericht einführen. Damit soll der direkte Gang zum Landesverfassungsgericht allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ihren Grundrechten verletzt fühlen, ermöglicht werden.
- Ebenso wichtig ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer möglichst zeitnah offene Forderungen realisieren können. Mit der Bildung eines zentralen Mahngerichtes für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen beim Amtsgericht Aschersleben und des zentralen Register- und Handelsgerichts am Amtsgericht Stendal sind wichtige Schritte dahingehend gemacht worden.
- Um eine leistungsfähige Justiz zu sichern, muss ausreichend Personal zur Verfügung stehen. Wir wollen deshalb eine personelle Einsatzreserve, um besondere Verfahrensanstiege sowie die demografische Entwicklung aufzufangen. Zudem streben wir eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Richterververtretungen durch eine Änderung des Landesrichtergesetzes an.
- Wir werden mit dem Ziel, den Zugang zur Justiz auch online zu ermöglichen, den elektronischen Rechtsverkehr flächendeckend und in allen Gerichtsbarkeiten einführen. Dabei ist den besonderen Sicherheits- und Datenschutzerfordernissen der Justiz als dritte Gewalt Rechnung zu tragen.

Wirkungsvoller Opferschutz

Opfer von Straftaten leiden zum Teil noch sehr lange unter den Folgen. Das gilt besonders für Opfer von Gewaltverbrechen. Sie verdienen daher unsere umfassende Unterstützung.

Das werden wir tun:

- Auf der Basis des von uns eingeführten regelmäßigen ressortübergreifenden Opferschutzberichts werden wir dafür sorgen, dass die verschiedenen Institutionen, Behörden und Träger der Opferbetreuung noch effektiver arbeiten.

- Opfer bleiben noch zu häufig auf ihren Schäden sitzen. Um hier schnell und unbürokratisch zu helfen, wollen wir eine Opferhilfestiftung gründen, um Maßnahmen des Opferschutzes noch zielgerichteter realisieren zu können und Härtefälle besser aufzufangen.
- Wir werden die Einführung eines Resozialisierungsgesetzes prüfen, welches ein behördenübergreifendes Übergangsmanagement auch unter Einbeziehung der Verbände der Straffälligen- und Bewährungshilfe gewährleistet.

Justizvollzug

Moderne Justizvollzugsanstalten dienen einer wirksamen Resozialisierung von Straftäterinnen und Straftätern und damit auch dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor neuerlichen Straftaten.

Für die Strafgefangenen ist eine intensive Entlassungsvorbereitung unter anderem mit Bildungsangeboten und offenem Vollzug notwendig. Ebenso sind eine daran anknüpfende Wiedereingliederung durch die Vermittlung von Wohnung und Arbeit sowie der Aufbau tragfähiger sozialer Beziehungen eine Herausforderung, der wir uns stellen werden, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor neuen Straftaten zu gewährleisten.

Das werden wir tun:

- Durch eine Konzentration des Strafvollzuges in Sachsen-Anhalt werden wir noch mehr in Resozialisierungsmaßnahmen investieren können.
- Wir setzen weiter auf die Sozialen Dienste der Justiz und die bewährte Zusammenarbeit mit den Trägervereinen der freien Straffälligenhilfe. Auch das ist praktischer Opferschutz. Personelle Engpässe im Justizvollzug werden wir deshalb nicht zulassen.
- Mit einem Jugendarrestgesetz wollen wir erreichen, dass der Vollzug dieser Maßnahme dazu beiträgt, Jugendliche von erneutem Fehlverhalten abzuhalten. Dazu wollen wir eine Arrestanstalt außerhalb des Justizvollzuges schaffen.

IV. Lebenswertes Sachsen-Anhalt

1. Kulturland Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt ist reich an Kultur und reich durch Kultur. Diesen Reichtum wollen wir pflegen. Dabei soll Teilhabe an Kunst und Kultur für allen Bürgerinnen und Bürgern möglich sein. Der mit dem Kulturkonvent begonnene kulturelle Dialog wird in regelmäßigen Kulturforen fortgesetzt. Damit werden wir das Landeskulturkonzept fortschreiben.

Kulturelle Bildung ist für alle Generationen wichtig, da sie zur Persönlichkeitsentwicklung beiträgt, kulturelle Offenheit, Toleranz und Vielfalt fördert. Wir wollen zusammen mit den Akteurinnen und Akteuren ein Landeskonzept Kulturelle Bildung erarbeiten.

Kirchen und Religionsgemeinschaften haben eine wichtige Rolle im Land. In der gesellschaftlichen Wertediskussion leisten sie wertvolle Impulse zu Fragen der zukünftigen Gestaltung unserer Gesellschaft und bringen sich dabei selber aktiv mit ein. Auch als Träger von Kitas, Seniorenheimen, freien Schulen und weiteren sozialen und karitativen Einrichtungen prägen sie das soziale Miteinander in Sachsen-Anhalt. Zudem bereichern sie in vielfältiger Weise das Kulturangebot in unserem Bundesland. Die SPD in Sachsen-Anhalt bekennt sich zu dieser gesellschaftlichen Bedeutung von Kirchen- und Religionsgemeinschaften.

Langfristige Sicherheit für Theater und Orchester

Sachsen-Anhalt hat eine reiche schauspielerische Tradition und ein bedeutendes musikalisches Erbe. Das zeigt sich an der überregional beachteten Arbeit der Theater und auch die zahlreichen Musikfeste und Festivals, die Jahr für Jahr immer mehr Besucher anziehen, sind Ausdruck dafür.

Das werden wir tun:

- Die Theater und Orchester im Land sollen auf Grundlage der bestehenden Theaterverträge ab 2019 eine langfristige Sicherheit bekommen. Die Dynamisierung der Theaterverträge schreiben wir fort.
- Wir werden die Musikfeste, die Nachwuchsarbeit in den Jugendensembles und die Musikschulen, Chormusik und Wettbewerbe weiterhin unterstützen.

Unterstützung der vielfältigen freien Kunstszene

Die freie Kunstszene ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur unseres Landes. Neben den Kultureinrichtungen prägen sie in vielen Regionen des Landes ein vielfältiges kulturelles Leben. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Darüber hinaus setzen uns für eine stärkere Vernetzung zwischen der freien Szene und den Kultureinrichtungen ein.

Das werden wir tun:

- Wir wollen die institutionell geförderten Vereine und Verbände weiter verlässlich unterstützen.
- Wir streben eine verlässliche Förderung der freien Szene, z.B. in Theater und Bildender Kunst, an.
- Wir unterstützen die Idee einer Landeskunstaussstellung, um unseren Künstlerinnen und Künstlern eine Plattform zu bieten und die freie Szene zu stärken.

Jubiläen als kulturtouristische Highlights setzen

Der Kulturtourismus trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei. Wir setzen uns für eine stärkere regionale Vernetzung zwischen den Kultureinrichtungen und inhaltlichen Profilierung des Kulturtourismus ein.

Einen wichtigen Beitrag dazu leisten die Museen. Sie haben den komplexen Auftrag zu bewahren, zu sammeln und zu erforschen. Darüber hinaus sind sie Lernorte und touristische Anziehungspunkte. Zur weiteren Profilierung werden wir ein Museumskonzept auf den Weg bringen.

Das werden wir tun:

- Das Reformationsjubiläum 2017 und das Bauhaus-Jubiläum 2019 sind Ereignisse von herausragender internationaler und nationaler Bedeutung und verlangen weiterhin eine besondere Beachtung und Unterstützung.
- Wir unterstützen und begleiten die derzeit laufenden UNESCO-Anträge für die Franckeschen Stiftungen zu Halle und die Erweiterungsanträge zu den Lutherstätten und zum Bauhaus.
- Wir unterstützen die Stadt Magdeburg bei der Kulturhauptstadtbewerbung 2025. Bereits der Bewerbungsprozess bietet erhebliches Potenzial für die Stadtentwicklung und kulturelle Vernetzung.
- Wir werden ein Museumskonzept auf den Weg bringen.

2. Geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt

Wir setzen uns für ein offenes und sozial gerechtes Sachsen-Anhalt ein, in dem jede und jeder frei von Angst verschieden sein kann. Um ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt zu verwirklichen, werden wir jeder Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität entgegenwirken. Sexismus, frauenverachtendes Verhalten und Gewalt gegen Frauen werden wir weiterhin entschieden bekämpfen.

Wir verstehen Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe. Dabei ist Gendermainstreaming der grundlegende Ansatz. Das „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ ist ein gutes und lebendiges Instrument. Wir setzen die Maßnahmen konsequent um und entwickeln es mit konkreten Kriterien weiter.

Chancengleichheit in Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft

Trotz der Fortschritte in den letzten Jahrzehnten sind die Aufstiegschancen in diesem Land nach wie vor zu stark vom Geschlecht abhängig. Frauen tragen nach wie vor die größeren Risiken im Erwerbsleben als Männer. Frauen sind diejenigen, die am meisten und vor allem häufig unfreiwillig in Teilzeit und in prekärer Beschäftigung arbeiten.

Frauen haben zwar gleich gute, oft auch bessere Berufs- und Bildungsabschlüsse als Männer, in der Arbeitswelt werden sie trotzdem oft abgehängt. Sie werden auf gleichen Positionen im Schnitt schlechter bezahlt, sie werden seltener Chefin und gründen seltener eine eigene Existenz. Oft gibt es mit der Geburt des ersten Kindes den Karriereknick und wieder sind es die Frauen, die größtenteils für die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit zuständig sind. Frauen sind auch in den Parlamenten, vor allem auf kommunaler Ebene, noch immer deutlich unterrepräsentiert.

Zusammengefasst zahlt sich Leistung für Frauen weniger aus. Das ist eine strukturelle Diskriminierung, die wir abschaffen wollen.

Das werden wir tun:

- Wir werden das bisherige Frauenfördergesetz in ein modernes Gleichstellungsgesetz weiter entwickeln, um die Rechte und Handlungsmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten zu stärken.
- Das gilt auch für die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen. Sie sollen darüber hinaus zukünftig auch Ansprechpartnerinnen für die Studierenden sein. Die SPD wird sich für eine diesbezügliche Änderung des Hochschulgesetzes einsetzen.
- Wir wollen einen Frauenanteil von 40 Prozent in den Leitungsfunktionen der öffentlichen Verwaltung, in allen Gremien und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, und an allen Hochschulen erreichen.
- Um eine paritätische Besetzung von Kandidierenden-Listen zu erreichen, wollen wir prüfen, ob ein mit der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt konformes Paritégesetz auf den Weg gebracht werden kann, das Regelungen sowohl für die kommunale als auch die Landesebene enthält.
- Wir wollen das Anonymisierte Bewerbungsverfahren für den öffentlichen Dienst einführen.
- Wir wollen stärkere Berufsorientierung von Mädchen auch auf „MINT- Berufe“ forcieren.
- Wir wollen ein Programm für Alleinerziehende und ein Rückkehrrecht nach Teilzeitarbeit in eine Vollzeitstelle.
- Wir wollen eine zielgenauere Förderung von Existenzgründerinnen und weiblichen Selbstständigen und die Schaffung der dazu notwendigen Infrastruktur.

Frauen besser vor Gewalt schützen

Gewalt gegen Frauen findet in unterschiedlichen Formen täglich statt. Zahlreichen Studien haben zufolge in Deutschland etwa 40 Prozent der befragten Frauen Gewalt erlebt – auch in Sachsen-Anhalt.

Das werden wir tun:

- Wir werden das gesamte Hilfesystem für die von Gewalt betroffenen Frauen absichern. Das betrifft Frauenhäuser ebenso wie die Beratungsstellen für Opfer sexualisierter Gewalt, Interventionsstellen und Frauenzentren.
- Wir wollen die landesweite Einrichtung von Gewaltschutzambulanzen, die auch die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung nach Sexualstraftaten vorsehen, ermöglichen.
- Zur Verbesserung des Umgangs mit Gewaltopfern vor Gericht soll die psychosoziale Prozessbegleitung erweitert und verbessert werden.
- Wir werden sicherstellen, dass die Ausstattung von Frauenhäusern mit neuen Herausforderungen schritthält. Das betrifft sowohl die Personal- und Sachkosten als auch die räumliche Ausstattung und die professionelle Betreuung der mitbetroffenen Kinder. Darüber hinaus werden wir uns für eine bundesweit einheitliche, einzelfall- und tagessatzungsabhängige und bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser durch den Bund einsetzen.
- Wir werden zudem auch die Beratungsangebote für Jungen und Männer, die von häuslicher, sexueller Gewalt und/oder Stalking betroffen sind, ergänzen.
- Wir wollen die rechtliche und soziale Lage für diejenigen, die mit Prostitution ihr Geld verdienen, verbessern und die Beratungsangebote zum Ausstieg aus der Prostitution verbessern. Zwangsprostituierte wollen wir z.B. durch Zeugenschutzprogramme und Abschiebeschutz besser schützen und unterstützen.
- Wir setzen uns für die Rehabilitation und Entschädigung homosexueller Strafrechtsoffer nach 1945 in der DDR und der BRD ein.
- Wir streben eine Ergänzung des Elternrechts an, die die Lebenswirklichkeit in Regenbogen- und Patchworkfamilien abbildet.

Aktionsplan gegen Homophobie

Wir kämpfen in Sachsen Anhalt wie auf der Bundesebene für die Abschaffung aller Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität und setzen uns für die vollständige Gleichstellung der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) ein. Daher werden wir den Aktionsplan gegen Homophobie konsequent umsetzen. Das beinhaltet vor allem Maßnahmen gegen Homophobie im Alltag, in der Schule, im Beruf und bei Gewalt gegen LSBTI.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns für die Ergänzung des Artikels Drei des Grundgesetzes und der Landesverfassung um das Merkmal der sexuellen Identität, die Öffnung der Ehe und ein gemeinsames Volladoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ein.
- Wir fordern auf Bundesebene die Abschaffung der diskriminierenden Regelungen im Bereich der Blut- und Plasmaspende.
- Aufklärungs- und Respektarbeit an Schulen werden wir konsequent unterstützen. Das Programm „Bildung elementar“ soll um die Themen der Gleichstellung von Mann und Frau und der Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen erweitern.
- Für die spezifische Situation älterer und alter Lesben und Schwuler besteht kaum Bewusstsein. Dieses Thema findet in der heutigen Pflegeausbildung noch immer keine Beachtung. Mit Standards in der Pflege soll die Situation im Alten- und Pflegebereich verbessert werden.

3. Willkommenskultur als gelebte Weltoffenheit

Wir wollen Flüchtlinge gut aufnehmen und menschenwürdig unterbringen. Sie sollen von Anfang an Zugang zum Erwerb der deutschen Sprache, zu Qualifizierungsangeboten und zum Arbeitsmarkt erhalten, damit sie schnellstmöglich auf eigenen Füßen stehen und ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Flüchtlinge sollen in Sachsen-Anhalt möglichst schnell selbständig gemeinsam mit der einheimischen Bevölkerung wohnen. Eine zügige Klärung, ob Flüchtlinge eine Aufenthaltsperspektive haben, ist auch im Interesse der Flüchtlinge anzustreben.

Flüchtlinge aufnehmen und willkommen heißen

Die soziale Beratung und Betreuung ist auch für Flüchtlinge, die Wohnungen in leben auszubauen. Den Kommunen kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu. Wir werden auch künftig für eine auskömmliche Finanzierung sorgen, damit sie diese Aufgaben wahrnehmen können, ohne andere Aufgaben zu vernachlässigen. Wir wollen, dass Land und Kommunen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig informieren und beteiligen. Ängste nehmen wir ernst und setzen auf Information, Transparenz und Überzeugung. Fremdenfeindlichen Attacken treten wir mit voller Härte entgegen.

Für die Flüchtlinge, die keine Aufenthaltsperspektive haben, wollen wir die Unterstützungsmöglichkeiten zur freiwilligen Rückkehr ausbauen. Gesonderte Erstaufnahmestellen nur für Flüchtlinge, die schnell abgeschoben werden sollen, lehnen wir aus humanitären Gründen ab. Sie würden auch vor Ort zu Unmut und Abwehr bei Bürgerinnen und Bürgern führen. Im europäischen Kontext werden wir uns für sichere Zugangswege von Flüchtlingen nach Europa und für eine gerechte Beteiligung aller EU-Länder an der Flüchtlingsaufnahme einsetzen. Das bisherige System der Verteilung von Flüchtlingen ist gescheitert, daher fordern wir die Abschaffung von Dublin III.

Das werden wir tun:

- Wir werden die verteilten Zuständigkeiten für das gesamte Ausländer- und Aufenthaltsrecht, die Migration und Integration zusammenfassen.
- Wir werden für eine auskömmliche Finanzierung sorgen, damit die Kommunen diese Aufgaben wahrnehmen können, ohne andere Aufgaben zu vernachlässigen.

- Für die Zeit der Erstaufnahme werden wir dafür sorgen, dass ausreichende und angemessene Plätze in mehreren Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung stehen und dass dort soziale Betreuung und Erstorientierung sofort beginnen können. Für die sichere Unterbringung besonders schutzbedürftiger Personen muss Vorsorge getragen werden.
- Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge sollen gleichberechtigten Zugang zur frühkindlichen und schulischen Bildung sowie zur beruflichen Qualifizierung erhalten. Individuelle und bedarfsgerechte Sprachförderung ist dafür die zentrale Voraussetzung.
- Unternehmen, die geflüchtete Jugendliche ausbilden, werden wir bei der Sprach- und Integrationsförderung dieser Menschen unterstützen. Unser Ziel ist es, dass diese Kinder und Jugendliche die gleichen Chancen auf einen Schulabschluss und eine Ausbildung in Sachsen-Anhalt erreichen wie alle anderen auch. Wer sich in Ausbildung befindet, soll nicht abgeschoben werden, sondern eine Bleibeperspektive erhalten.
- Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz antreten, sollen – wie auch von den Kammern gefordert – einen sicheren Aufenthalt für die Zeit der Ausbildung und den Berufseinstieg erhalten (sog. 3-2-Modell).
- Die Zugangsfristen zur Ausbildungsförderung für junge Flüchtlinge sollen an den rechtlichen Zugang zur Ausbildung angepasst werden, um eine schnelle Integration in Ausbildung und Studium zu ermöglichen.
- Soweit dies humanitär geboten ist, werden wir uns für einen Winterabschiebestopp einsetzen.
- Die Abschiebehafte hat in der Vergangenheit nicht zu einer Erhöhung der Rückführquote in die Herkunftsländer geführt. Wir wollen daher auf die Anwendung der Abschiebehafte künftig, soweit rechtlich möglich, verzichten.
- Wir setzen uns zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und zur Entlastung der Kommunen im Bund dafür ein, dass Flüchtlinge in die gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen und die Kosten dafür vom Bund übernommen werden.
- In Sachsen-Anhalt werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Flüchtlinge eine Krankenversicherungskarte und damit einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten.
- Die psychosoziale Beratung und Therapie für traumatisierte Flüchtlinge, einschließlich der Übersetzung, muss Teil der gesetzlichen Gesundheitsleistungen werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten und Flüchtlingen

Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten und Flüchtlingen stärken, denn wo Menschen sich im Engagement begegnen, wächst interkulturelles Verständnis am besten. Wer in der Kommune lebt, soll sich auch an ihrer Gestaltung beteiligen können.

Mit der wachsenden Zuwanderung wird auch das religiöse Leben vielfältiger. Insbesondere für die islamischen Gemeinden sind die Rahmenbedingungen der Religionsausübung in Sachsen-Anhalt noch wenig entwickelt.

Viele Menschen – Einheimische und Zugewanderte – engagieren sich bei der Aufnahme und Erstorientierung von Flüchtlingen. Dieses Engagement werden wir weiter unterstützen. Um fremdenfeindliche Strömungen und Einstellungen konsequent und nachhaltig zurückzudrängen und Weltoffenheit zu befördern, werden wir auch künftig interkulturelle Bildung von Anfang an in Kindereinrichtungen, Schulen und der außerschulischen Jugendbildung stärken und Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ermöglichen.

Das werden wir tun:

- Wir werden Migrantenorganisationen als Interessenvertreter und Brückenbauer im Integrationsprozess fördern und beteiligen.
- Wir wollen Sportvereine, Wohlfahrtsverbände, Kultur und gesellschaftliche Akteure dafür gewinnen, offensiv um Zugewanderte zu werben.
- Dem Thema islamischer Religionsunterricht wollen wir uns annehmen.
- Das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge wollen wir unterstützen, stärken und verstetigen. Dazu sind Koordinierung, Vernetzung und Qualifizierung ebenso wichtig wie die Kostenerstattung im Engagementfonds sowie Lotsen- und Patenprojekte.

Eintreten gegen Rechtsextremismus

Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Wir werden auch künftig allen rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen konsequent entgegentreten.

Auch aufgrund der Erfahrungen mit dem Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ wissen wir: Rechtsextremismus kann nicht allein mit Gesetzen, Polizei und Verfassungsschutz erfolgreich bekämpft werden. Noch wichtiger ist es, präventiv und aufklärend zu wirken, die gesellschaftlichen Bindekräfte zu stärken und Rechtsextremen keine Räume zu überlassen, in die sie eindringen können. Deshalb muss die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft im Zentrum unserer Bemühungen stehen. Wir sind überzeugt: Die Stärkung der Demokratie und der engagierten Demokratinnen und Demokraten sind der beste Verfassungsschutz!

Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wurde eine wichtige Grundlage für gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus geschaffen. Es ist gelungen, alle demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte zu bündeln und Ziele und Projekte zu definieren.

Das werden wir tun:

- Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wollen wir fortschreiben, und die Vergabe der Fördermittel und Koordinierung der Projekte stärker bündeln und bewährte Ansätze verstetigen. Das ehrenamtliche Engagement werden wir weiter auf hohem Niveau absichern. Staatliche Akteure werden wir verstärkt einbinden, damit diese zusammen mit den bürgergesellschaftlichen Akteuren Zielgerichtet an einem Strang ziehen. Wir werden zugunsten des demokratischen Gemeinwesens und zur Abwehr der Feinde der Demokratie über Ressorts und formale Zuständigkeiten hinweg kooperieren.
- Für eine bessere Planung wollen wir eine langfristige und auskömmliche Finanzierung der Projekte.
- Ehrenamtliches Engagement und professionelle Beratungsarbeit sollen einander ergänzen. Die Kompetenz und jahrelange Erfahrung von mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus und der Beratung von Opfern rechter Gewalt gilt es langfristig zu erhalten. Die Opfer rassistischer Übergriffe benötigen weiter Schutz und Unterstützung durch die Gesellschaft.
- Die Aktivitäten lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus sind ein entscheidender Impulsgeber für eine demokratische Kultur vor Ort. Die vom Bund geförderten Partnerschaften für Demokratie in den Kommunen wollen wir verstetigen.
- Im Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sind bereits einhundert Schulen aus ganz Sachsen-Anhalt engagiert. Wir wollen das Netzwerk weiter unterstützen und dafür werben, dass sich noch mehr Schulen anschließen.
- Das Programm „Demokratie stärken“ hat sich nicht darauf beschränkt, Maßnahmen der politischen Bildung zu fördern. Es wurden vielmehr gezielt die Bedarfe zur politischen Bildung eruiert und die zu ihrer Deckung geeigneten Prozesse und Projekte initiiert. Das alles wollen wir verstetigen.
- Wir setzen die Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse auf Bundes und Länderebene um.

4. Umwelt- und Naturschutz

Klima-, Umwelt- und Naturschutz bestimmen maßgeblich über die Zukunft unseres Landes. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Ressourcen und der biologischen Vielfalt sind nicht nur eine ökologische Herausforderung, sondern sie sind auch Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Wir wollen Sachsen-Anhalt ökologisch modernisieren und die Nachhaltigkeit als eine Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verankern. Wir stehen für die Bewahrung der vielfältigen Landschaften in unserem Bundesland, den Schutz heimischer Pflanzen- und Tierbestände und die Wiederherstellung von Lebensräumen bedrohter Tier- und Pflanzenarten.

Klares Klimaziel: CO₂-Ausstoß um 55 Prozent senken

Sachsen-Anhalt wird seinen Beitrag dazu leisten, die deutschen Verpflichtungen aus den internationalen Klimaschutz-Abkommen zu erfüllen. Den CO₂-Ausstoß wollen wir bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 senken.

Das werden wir tun:

- Dies wollen wir insbesondere durch Investitionen in die Vermeidung des Energie- und Wärmeverbrauchs erreichen und damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
- Wir setzen uns für das Re-Powering alter Windkraftanlagen ein.

Umsetzung der Natura 2000 - Artenvielfalt bewahren

Bei der Umsetzung von Natura 2000 ist in den zurückliegenden Jahren deutlich zu wenig passiert. Sie muss zügig zum Abschluss gebracht werden. Das beinhaltet insbesondere die flächendeckende Erarbeitung der Flora-Fauna-Habitat-Managementpläne.

Das werden wir tun:

- Wir wollen das Ökopunktemodell zur tragenden Säule für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Bundesnaturschutzgesetz entwickeln.
- An dem Ziel der Beantragung der UNESCO-Anerkennung des Biosphärenreservats Karstlandschaft-Südharz halten wir fest.
- Gemeinsam mit Niedersachsen wollen wir den Drömling zu einem Biosphärenreservat entwickeln.
- Den Storchenhof Loburg wollen wir langfristig sichern.
- Das Heineanum in Halberstadt wollen wir zu einem international anerkannten Kompetenzzentrum für Greifvögel, insbesondere für den Rotmilan, entwickeln.
- Für den Erhalt der Artenvielfalt sowie der Entwicklung der Landwirtschaft und des Gartenbaus ist der Schutz der Honigbiene von elementarer Bedeutung. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für die Bienenzucht in Sachsen-Anhalt deutlich verbessern.

Effektiver Hochwasserschutz

Die Hochwasser von 2013 und 2002 haben in Sachsen-Anhalt zu erheblichen Schäden geführt. Viele Menschen waren in ihrer Existenz getroffen. Die große Hilfsbereitschaft der Menschen und das professionelle Zusammenwirken aller Kräfte des Katastrophenschutzes, von der Freiwilligen Feuerwehre bis hin zum THW und der Bundeswehr, haben dafür gesorgt, dass wir vor noch größeren Schäden verschont geblieben sind.

Das werden wir tun:

- Wir wollen auch zukünftig Strukturen vorhalten, die schnell auf Katastrophen reagieren können, und dabei eng mit den anliegenden Bundesländern zusammenarbeiten.
- Wir stehen für eine ausgewogene Balance von technischen und natürlichen Hochwasserschutzmaßnahmen.
- Die Deichsanierung durch die Umsetzung der Hochwasserschutzkonzeption 2020 muss in den kommenden Jahren abgeschlossen werden.
- Für einen effektiven Hochwasserschutz wollen wir den Flüssen durch die Anlage von Poldern und die Rückverlegung von Deichen wieder mehr Raum geben. Das geht nur im Zusammenwirken mit den Nutzerinnen und Nutzern der forst- und landwirtschaftlichen Flächen.
- Vor dem Hintergrund des Klimawandels stellt ein ausgewogener Wasserhaushalt eine besondere Herausforderung dar. Wir wollen die ökologische Durchgängigkeit der Gewässer gewährleisten.

Landesimmissionschutzgesetz

Lärm wird in den verschiedensten Lebenssituationen zu einem Stress- und belastenden Umweltfaktor. Das betrifft u.a. die Lärmimmissionen, die aus dem zunehmenden Verkehr resultieren.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, effektiv gegen Lärmimmissionen vorzugehen und werden in einem Landesimmissionsschutzgesetz entsprechende Regelungen treffen.

5. Infrastruktur

Die SPD tritt für eine umweltgerechte und integrierte Infrastrukturpolitik ein. Dazu gehört eine optimale Verknüpfung aller Verkehrsträgerinnen und -träger entsprechend ihren Stärken für Umwelt und Gesellschaft und bezahlbare Mobilität für alle. Dazu gehört ein flächendeckender Öffentlicher Personennahverkehr. Und dazu gehört eine sozial verträglicher Wohnungsbau und eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Straßenverkehr, Logistikstandort

Mit seiner zentralen Lage in der Mitte Europas ist Sachsen-Anhalt ein bedeutender Verkehrs- und Logistikstandort. Da die großen Verkehrsbauprojekte nahezu abgeschlossen sind, geht es vordringlich um den Erhalt der geschaffenen bzw. sanierten Verkehrsinfrastruktur sowie um notwendige Lückenschlüsse.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Umsetzung wichtigen Bundesstraßenbauprojekte (A 14-Nordverlängerung, A 143 Westumfahrung Halle, Verlängerung der B 6n nach Osten bis zur A 9, Ortsumfahrungen) voranbringen.
- Wir werden uns für die Sanierung von Straßen und Brücken einsetzen.
- Wir setzen uns soweit möglich für eine Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraßen ein. Die SPD bekennt sich zu den großen Umschlagbahnhöfen ebenso wie zu den landesbedeutsamen Häfen.
- Wir treten für die wasserbaulichen Wiederherstellungs- und Unterhaltungsarbeiten der Wasserstraßen zum Erhalt der Schiffbarkeit und für den Hochwasserschutz nach neuesten ökologisch verträglichen Methoden ein.
- Wir bekennen uns zu den landesbedeutsamen Fähren.

- Wir stellen uns gegen den Lang-LKW, sog. Gigaliner, da sie eine Gefährdung von Verkehrsteilnehmern und Verkehrsinfrastruktur darstellen und der Verkehrsverlagerung von der Straße hin zu anderen Transportformen entgegenstehen.

Flächendeckender ÖPNV und Radwegenetz

Ein flächendeckender, barrierefreier und vernetzter Öffentlicher Personennahverkehr ist die Basis einer guten, umweltgerechten Verkehrsinfrastruktur. Die Verknüpfung von Schiene, Straßenbahn und Bus sowie eine qualitativ hochwertige Schülerbeförderung sind dafür elementarere Bestandteile.

Das werden wir tun:

- Das Schnittstellenprogramm des Landes setzen wir fort, damit das Umsteigen im Nahverkehr einfacher und bequemer wird.
- Die SPD setzt sich für einen Betriebsübergang bei Verkehrsdienstleistungsvergaben ein. Dies bedeutet: Arbeitsplätze bleiben erhalten und gehen auf den neuen Verkehrsbetrieb mit den bisherigen Bedingungen über.
- Die SPD setzt sich für gute Anbindung im Fernverkehrsangebot auf der Schiene ein und wird den Bund daran erinnern, dass der Fernverkehr gemäß Grundgesetz dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen hat. Die dauerhafte Wiederanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg an den ICE-Fernverkehr bleibt unser Ziel.
- Die SPD setzt sich für einen Ausbau des Radwegenetzes ein. Wir wollen, dass alle größeren Städte auch eine gute Radwegeanbindung an die touristischen Ziele der Umgebung haben. Die Fahrradmitnahme in Zügen des Regionalverkehrs muss kostenfrei bleiben.
- Um den Verkehr umweltfreundlicher gestalten zu können, setzen wir uns für die Lärminderung an den Verkehrswegen und für die schrittweise Umstellung öffentlicher Fahrzeugflotten auf CO₂-neutrale Antriebsarten ein.
- Die Anschaffung von Erdgasbussen werden wir wieder fördern.
- Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung sind durch geeignete Maßnahmen zu fördern.
- Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der Verkehrswachten stärker unterstützen.

Städtebau und Dorferneuerung

Gezielter Städtebau und nachhaltige Dorferneuerung haben in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass Sachsen-Anhalt ein lebenswertes Land mit attraktiven Städte und Gemeinden ist. Gutes, sicheres und bezahlbares Wohnen ist ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität und für die SPD von wesentlicher Bedeutung.

Dabei sind die kommunalen Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften wichtige Partnerinnen bei der Stadtentwicklung. Nur gemeinsam können die durch den demografischen Wandel entstandenen Herausforderungen gemeistert werden. Dazu gehören die Schaffung altengerechten und barrierearmen Wohnraums sowie Wohnraums für junge Familien. Dazu gehört aber auch der Umgang mit von hohem Leerstand geprägten Gebieten.

Die Kleingärten sind ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität. Ihr Erhalt ist uns daher ein besonderes Anliegen.

Das werden wir tun:

- Wir stehen für eine konsequente Fortsetzung der Städtebauförderung ein. Dazu gehören Stadtumbau- bzw. Stadterneuerungsmaßnahmen und Programme zur sozialen Stabilisierung städtischer Problemgebiete, zur Verbesserung der Lebens-

und Wohnbedingungen sowie zur qualitativen Fortentwicklung von Gebieten. Wir streben die Kofinanzierung aller Drittmittel an. Kein Euro darf verloren gehen.

- Wir treten ein für qualitatives Bauen ein. Förderprogramme sollen auf Energieeffizienz, Baukultur, Funktionalität und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Wohnungsraumfördermittel sind vorrangig für die Bestandssanierung einzusetzen. Der Schwerpunkt liegt auf der Schaffung altengerechten und barrierearmen Wohnraums sowie dem Wohnraum für junge Familien.
- Wir wollen eine innovative Baukultur und Stadtentwicklung. Der Wettbewerb zum Landesarchitekturpreis wird daher fortgeführt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Wohnraumförderung auch nach 2019 weiter durch den Bund unterstützt wird.
- Wir wollen den Kommunen Hilfe beim Umgang mit leerstehenden Immobilien aus dem Strukturwandel leisten.
- Der Verbleib von Wohnungen in kommunaler Hand ist ein wichtiger Beitrag zur Stadtentwicklung und zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums. Die öffentliche Hand muss zentrale Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand behalten. Dafür steht die SPD.
- Wir wollen flächendeckend integrierte gemeindliche Entwicklungskonzepte erarbeiten. Sie tragen zur Sicherung der Daseinsfürsorge bei und sollen Grundlage für Planungen und Fördermittelentscheidungen sein.
- Wir werden auch weiterhin verlässlicher Partner der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner sein. Dabei sehen wir den leerstandsbedingten Rückbau als Teil des Stadumbaues.

6. Politik für den ländlichen Raum

Die Entwicklung ländlicher Räume ist eine Zukunftsaufgabe. Sie ist in unserem Land aufgrund der demografischen Entwicklung von herausragender Bedeutung, um gleichwertige und zukunftsfähige Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen unseres Landes zu wahren. Schwerpunkte dabei sind insbesondere die Sicherung der Versorgungsinfrastruktur und die Erhaltung vollwertiger Bildungsmöglichkeiten in hoher Qualität, die medizinische Versorgung, der beschleunigte Ausbau des schnellen Internets und die Erhaltung der flächendeckenden Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen.

Regionale Entwicklungspotentiale nutzen

Wir wollen, dass die regionalen Entwicklungspotenziale zum Aufbau von Wertschöpfungsketten genutzt werden und damit weitere zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. In diesem Sinne müssen die Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung unserer ländlichen Räume den Herausforderungen angepasst und dabei insbesondere innovative Lösungen gefördert werden.

Wir wollen durch den Ausbau der Regionalbudgets die eigenständige Entwicklung der Regionen fördern. Dabei sind das Regionalmanagement sowie die integrierte ländliche Entwicklung wesentliche Säulen, die wir entsprechend unterstützen. Mit dem Regionalbudget sollen die Regionen in die Lage versetzt werden, selbst über die Schwerpunkte ihrer Entwicklung und deren Umsetzung zu entscheiden.

Das werden wir tun:

- Wir werden die ländlichen Räume durch den Ausbau der Regionalbudgets fördern und das Regionalmanagement und die integrierte ländliche Entwicklung unterstützen.

Nachhaltige und funktionale Landwirtschaft

Eine nachhaltige und multifunktionale Landwirtschaft ist die ökonomische Basis für die Entwicklung unserer ländlichen Räume. Wir haben in Sachsen-Anhalt vorzügliche Standortbedingungen für die Landwirtschaft und wollen diese nutzen, um die Leistungsfähigkeit unserer Agrar- und Ernährungswirtschaft weiter auszubauen. Gleichzeitig werden die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft immer höher. Diesen teilweisen Widerspruch wollen wir gemeinsam mit der Landwirtschaft lösen.

Es geht um die Erhaltung und Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten, um den Ausbau zukunftsfähiger Arbeitsplätze und um die Erfüllung hoher Standards für den Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz.

Durch die nachhaltige Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen wollen wir unsere Kulturlandschaft erhalten und auch einen Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt leisten.

Das werden wir tun:

- Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Berufsstand für die Entwicklung unserer Landwirtschaft ein Leitbild erstellen, an dem sich die Agrarpolitik in unserem Land ausrichten soll.
- Unsere hochwertigen Produkte der Agrar- und Ernährungswirtschaft sollen durch gezielte Marketingmaßnahmen in Deutschland und in Nachbarländern bekannter und beliebter werden.
- Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab. Die Förderpolitik des Landes im Agrarsektor muss sich an dem Grundsatz ausrichten, dass es gesellschaftliches Geld nur für gesellschaftliche Leistungen gibt.
- Den ökologischen Landbau wollen wir entsprechend den Marktbedingungen weiter ausbauen.
- Wir wollen Sachsen-Anhalt zu einem führenden Forschungsstandort im Agrarbereich entwickeln. Die langen Traditionen und die Vielfalt der Agrarforschung bieten exzellente Voraussetzungen dafür.
- Wir wollen durch die Weiterentwicklung des Junglandwirteprogramms die Betriebsübernahme und den Erwerb von Gesellschafteranteilen unterstützen. Das soll auch den Beruf der Landwirtin bzw. des Landwirts für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger attraktiver gestalten.

Wirksamer Tier- und Umweltschutz

Der Tier- und der Umweltschutz haben deutlich an Bedeutung gewonnen. Wir wollen, dass nicht die Tiere den Haltungsbedingungen angepasst werden, sondern die Haltungsbedingungen den Tieren und ihren Bedürfnissen. Wir wollen gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten, den Tierärztinnen und Tierärzten, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, den Verbraucherschützern und -schützer und den Verbraucherinnen und Verbrauchern Lösungswege finden, um die Haltungsbedingungen, die Fütterung und das Management im Sinne des Tierwohls und der Tiergesundheit zu verbessern.

Landwirtschaftliche Betriebe des ökologischen Landbaus oder mit artgerechter Tierhaltung haben eine wichtige Vorbildfunktion. Diese Produktion ist allerdings mit höheren Kosten verbunden – am Ende auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Hier bedarf es einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit. Wir setzen uns auf europäischer und Bundesebene dafür ein, dass Förderungen sich an tiergerechten Haltungsformen und Minimierung von Umwelteinwirkungen orientieren.

Das werden wir tun:

- Den Bau neuer Megastallanlagen in Sachsen-Anhalt und die Förderung von Massentierhaltung lehnen wir ab. Wir werden uns im Bundesrat für eine Einschränkung des Baugesetzbuches bezüglich des Zubaus von Intensivtierhaltungsanlagen einsetzen.

- Wir wollen den Standort Iden zu einem Kompetenzzentrum für besonders artgerechte Tierhaltung ausbauen. Das ist auch einen Beitrag zur unabhängigen Technologieforschung.
- Wir wollen den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung reduzieren und Futtermittelkontrollen verstärken.
- Wir treten für ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine zu Fragen des Tierschutzes ein.
- Wir sorgen für eine auskömmliche Erstattung für Tierheime und Tierschutzvereine, die öffentliche Aufgaben übernehmen.

Keine Bodenspekulationen

Der Boden ist das nicht vermehrbare Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft. Es ist unser Ziel, eine breite Eigentumsstreuung an Grund und Boden zu gewährleisten. Die Bodenrente, oder auch Pacht, ist eine bedeutende Einnahmequelle und trägt zur Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Sie soll der ländlichen Bevölkerung in der Region erhalten bleiben. In diesem Sinne wollen wir spekulativen Investitionen in landwirtschaftliche Flächen durch ortsfremde Nichtlandwirte entgegenwirken.

Das werden wir tun:

- Mit der Erstellung des Leitbildes für die Landwirtschaft wollen wir u. a. die Gleichstellung von Genossenschaftsmitgliedern und Gesellschaftern landwirtschaftlicher Betriebe mit Einzellandwirten beim Erwerb landwirtschaftlicher Flächen klarstellen und die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Agrarstruktur sichern.
- Auf der Grundlage dieses Leitbildes soll ein modernes Agrarstrukturgesetz erarbeitet werden. Es soll den Schutz vor außerlandwirtschaftlichen Bodenspekulationen verbessern, ohne in die bestehende Agrarstruktur einzugreifen. In diesem Sinne muss die besondere Situation hinsichtlich der Mehrfamilienbetriebe im Land, wie z.B. der Agrargenossenschaften berücksichtigt werden.

Erhalt und nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes

Der Wald muss langfristig die Nutz-, Schutz und Erholungsfunktionen, auch bei sich verändernden klimatischen Bedingungen, erfüllen. Deshalb bedürfen unsere vielfältigen Wälder des besonderen Schutzes durch die Gesellschaft.

Für die zukünftige Bewirtschaftung unserer Wälder brauchen wir gut ausgebildetes Personal. Zur Erhaltung der biologischen Vielfalt unserer Wälder soll die naturnahe Entwicklung und die Ausweisung von Wildnisgebieten vorangetrieben werden. Zudem ist Wald für uns kein Spekulationsobjekt. Den Verkauf von Landeswald lehnen wir daher ab.

Das werden wir tun:

- Die forstliche Ausbildung am Standort Magdeburgerforst bleibt in ihrem bisherigen Umfang bestehen.
- Die Beratung und Betreuung des Privat- und Körperschaftswaldes durch die Landesforstverwaltung soll in Zusammenarbeit mit den Waldbesitzerinnen und -besitzern weiterhin erhalten bleiben.
- Das Landeszentrum Wald und den Landesforstbetrieb wollen wir in eine Anstalt öffentlichen Rechts umwandeln.
- Wir lehnen den Verkauf von Landeswald ab.

7. Sport in Sachsen-Anhalt

Der Sport ist in Sachsen-Anhalt ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Miteinanders. Jenseits der körperlichen Ertüchtigung schafft er auch ein Gemeinschaftsgefühl und vermittelt soziale Kompetenzen. Dafür wollen wir gemeinsam die bestmöglichen Rahmenbedingungen für den Breiten- und Leistungssport zu schaffen. Das beinhaltet nicht nur die Jagd nach Punkten, Sekunden und Medaillen, sondern auch die Förderung des Ehrenamts, des Engagement gegen Rassismus und Gewalt und die Stärkung der Inklusion durch Sport.

„In einem gesunden Körper steckt ein gesunder Geist“ ist ein Grundsatz, der vor allem in der bewegungsarmen Überfluss- und Mediengesellschaft gilt. Vom Kindes- bis zum Seniorenalter müssen daher vermehrt Angebote vorgehalten werden, die körperliche Aktivitäten und regelmäßige Bewegung ermöglichen.

Im Bereich des Spitzen- und Leistungssports wird in den kommenden Jahren insbesondere die Nachwuchsgewinnung und –unterstützung eine immer größere Bedeutung erhalten. Weitere Schwerpunkte der Sportförderung liegen in der Unterstützung des Behindertensports, der Stärkung des Schulsports und der Förderung des Übergangs zwischen Schule und Sportverein.

Das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen ist einer der Grundpfeiler des Sports. Seine Bedeutung für alle Bereiche des Sports kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Vor allem die vielen ehrenamtlichen Übungsleiter sind das Rückgrat der Vereine.

Das werden wir tun:

- Wir stehen für eine verlässliche Finanzierung des Landessportbundes. Die Förderung von Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden und Vereinen ist zu verstetigen. Die Ausrichtung der Sportförderung auf Schwerpunkt- und Fördersportarten werden wir fortführen und so verstetigen, dass in diesen Sportarten eine kontinuierliche Arbeit im Leistungs- und Nachwuchsleistungssport ermöglicht wird.
- Olympiastützpunkte, Leistungszentren und Sportinternate werden wir weiter fördern.
- Wir wollen eine bessere Zusammenarbeit von Kindertagesstätten, Schulen und Vereinen ermöglichen. Trainerinnen und Trainer, Lehrerinnen und Lehrer müssen bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bekommen. Mit dem Projektes "Sport in Schule und Verein" können wir auf gute Erfahrungen verweisen.
- Wir sorgen dafür, dass die notwendigen Investitionen in bestehende oder neue Sportstätten auch in Zukunft getätigt werden.
- Die bewährte Jugendleiter*innencard, juleica, ist der bundesweit einheitliche Ausweis für qualifiziertes ehrenamtliches Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit an dem wir weiterhin festhalten.
- An den Eliteschulen des Sportes soll neben der Vermittlung schulischen Wissens der Ausprägung der sportlichen Talente noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Attraktivität des Trainerberufs wollen wir stärken. Die Vereinbarkeit einer Tätigkeit als Lehrerin oder Lehrer und Trainerin oder Trainer muss verbessert werden, um auch langfristig die Qualität des Nachwuchsleistungssports und somit des Spitzensports zu garantieren.
- Der Spitzensport in Sachsen-Anhalt muss uneingeschränkt dopingfrei sein. Das ist nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch der Vorbildfunktion des Sports. Junge Sportlerinnen und Sportler und ihre Eltern müssen darauf vertrauen können, dass sie ihre Leistungen allein durch hartes Training erreichen können. Wir unterstützen daher den Landessportbund und die Landesfachverbände weiterhin bei ihren präventiven Anti-Doping-Aktivitäten.

V. Unser Bild von Staat und Verwaltung

1. Mehr Demokratie wagen, kommunale Selbstverwaltung stärken

Die SPD bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Wir wollen diese aber um Elemente der direkten Demokratie bereichern. Zudem stehen wir für eine Ausweitung der Wahlberechtigungen bei Kommunal- und Landtagswahlen.

Auf Landesebene sind die Hürden für die Einleitung und die Quoren für die Durchführung eines erfolgreichen Volksentscheids zu hoch. Wir wollen eine Absenkung dieser Hürden erreichen.

Die Ortschaftsverfassung ist ein wichtiges Instrument der Identitätserhaltung im ländlichen Raum. Die aktuelle Kommunalverfassung sieht vor, dass ab 2019 in Ortschaften mit weniger als 300 Einwohnern nur noch Ortsvorsteher anstatt eines Ortschaftsrates gewählt werden dürfen. Das wollen wir ändern und den Ortschaften weiterhin die Wahl von Ortschaftsräten erlauben.

Informationsfreiheit ist eine Voraussetzung für direkte Demokratie es gilt, zu wissen, worüber man entscheidet. Wir wollen Informationen der Verwaltung unmittelbar der Allgemeinheit zugänglich machen. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat das Ministerium der Finanzen mit Einrichtung des Informationsführungssystems erreicht, das finanzrelevante Informationen in einem Abgeordneten- und Bürgerinformationssystem zur Verfügung stellt.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Einleitung und Durchführung von Volksentscheiden erleichtern.
- Wir werden die Kommunalverfassung ändern und die Wahl von Ortschaftsräten in kleinen Orten auch ab 2019 ermöglichen.
- Wir wollen eine Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre und das aktive und passive kommunale Wahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer aus Staaten außerhalb der Europäischen Union.
- Die SPD in Sachsen-Anhalt wird nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes das Informationszugangsgesetz weiterentwickeln.
- Wir werden ein Bürgerbüro in der Staatskanzlei einrichten und Bürgersprechstunden in allen Ministerien anbieten.
- Wir wollen die Arbeit des Landtages durch reguläre öffentliche Ausschusssitzungen transparenter und erlebbarer gestalten. Protokolle öffentlicher Sitzungen sollen zeitnah im Internet zur Verfügung gestellt werden.

2. Finanzen, Kommunen und öffentliche Verwaltung

Wir sind der Garant für einen verantwortungsvollen Umgang mit den öffentlichen Geldern. Die solide Finanzpolitik der SPD und die umfangreichen Strukturveränderungen in den letzten 10 Jahren haben dazu geführt, dass Sachsen-Anhalt bereits heute die Anforderungen der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse erfüllt und der Landeshaushalt in seinen ausgeglichen ist. Durch den Abbau von Schulden gewinnt das Land zudem Gestaltungsspielräume.

Im Haushalt bilden sich ganz wesentliche Lebensinteressen der Bevölkerung ab: Ob soziale und innere Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Bildung und Kultur, Stärkung des Wirtschaftsstandorts und der Infrastruktur, Haushaltsentscheidungen betreffen die Interessen der gesamten Bevölkerung in zentraler Weise.

Transparente und solide Finanzpolitik

Wir wollen daher den eingeschlagenen Kurs weiterverfolgen und die Finanzpolitik durch die Einführung eines strategischen Haushaltes für die Bürger transparenter machen. Mit begrenzten Ressourcen muss langfristig entsprechend der Prioritäten des Landes ein Maximum an Ergebnissen erzielt werden. Es gilt daher, die Verteilung der öffentlichen Mittel zu steuern und die entsprechenden Resultate der Öffentlichkeit klar zu kommunizieren. Dadurch wird ein deutlicher Zusammenhang zwischen den Ergebnissen politischer Arbeit und den eingesetzten Steuergeldern hergestellt.

Das werden wir tun:

- Die Tilgung der Landesschulden wird künftiger Politik Freiräume schaffen und unsere Handlungsfähigkeit steigern.
- Durch den weiteren Auf- und Ausbau der Vorsorgeelemente (Steuerschwankungsreserve und Pensionsfonds) als Säule unserer nachhaltigen Finanzpolitik machen wir den Haushalt krisenfester.
- Wir werden das Prinzip des Gender-Budgeting für den gesamten Landeshaushalt umsetzen.

Starke zukunftsfähige Kommunen, solide Kommunalfinanzen

Die im Land Sachsen-Anhalt gefundene Gebietsstruktur der Gemeinden und Landkreise hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Dort, wo auf freiwilliger Basis eine Änderung der Strukturen gewollt ist, werden wir dies jedoch unterstützen.

Unsere Gemeinden, Städte und Landkreise sind mehr als nur die Heimat der dort lebenden Menschen. In Ihnen trifft die Bundes- und Landespolitik unmittelbar auf die Lebenswirklichkeit. Denn hier erfahren die Bürgerinnen und Bürger direkt, ob unser Gemeinwesen funktioniert und die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Es stellen sich ganz konkret die wichtigen Fragen von Mobilität, Sicherheit, Daseinsvorsorge oder Bildungsinfrastruktur – gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Denn Lebensqualität, Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen entscheiden maßgeblich darüber, ob die Menschen hier dauerhaft ihre Zukunft planen. Auf lokaler Ebene zeigt sich aber auch, wie transparent, leistungsfähig und bürgernah die Verwaltung organisiert ist, und welchen Handlungs- und politischen Gestaltungsspielraum die kommunalen Finanzen zulassen.

Um Sachsen-Anhalts Kommunen fit für die Zukunft zu machen, und den demografischen Wandel einschließlich der Integration der Zuwanderer erfolgreich zu gestalten, brauchen wir ein ganzes Bündel von Initiativen, die es miteinander zu verzahnen gilt.

Solide kommunale Finanzen sind die Grundlage für nachhaltige Investitionen und Dienstleistungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Ohne eine auskömmliche Finanzausstattung können die Kommunen diese Aufgabe nicht erfüllen. Notwendige Verbesserungen werden wir anpacken.

Der kommunale Finanzausgleich hat sich in Form eines am tatsächlichen Bedarf orientierten Finanzausgleichs bewährt. Mit der Beibehaltung dieses Systems folgen wir auch dem Wunsch der Kommunen in unserem Land. Dennoch muss dieser fortentwickelt werden. Die Auswirkungen der Doppik auf die Bemessung des Finanzierungsbedarfs müssen berücksichtigt werden. Es muss Anreize für kommunale Konsolidierungsanstrengungen geben. Wenn die Kommunen zusätzliche Einnahmen erzielen oder Einsparungen vornehmen, darf das nicht, wie bislang praktiziert, dazu führen, dass diese Beiträge anschließend vollständig durch eine Kürzung der Finanzausgleichsmasse aufgezehrt werden.

Die Kommunen Sachsen-Anhalts haben in den letzten Jahren mit erheblichen Hilfen des Landes aus dem Programm STARK II ihre Verschuldung stark zurückgeführt und kaum noch

neue Kredite aufgenommen. Kreditaufnahmen für nachhaltige Investitionen müssen jedoch weiterhin möglich sein.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Landkreise, Städte, Gemeinden und Regionen in die Lage versetzen, eine eigenständige und selbstverantwortliche Politik zur Anpassung an den demografischen Wandel einschließlich der Zuwandererintegration zu gestalten. Die Kommunen werden daher grundsätzlich die zentralen Adressaten entsprechender Fördermaßnahmen seitens des Landes.
- Wir werden eine Vernetzung von Regionen, Landkreisen, Städten und Gemeinden und die interkommunale Zusammenarbeit stärken, da neue organisatorische Lösungen, zum Beispiel für die Schule und den ÖPNV, den Brandschutz oder auch die medizinische Versorgung häufig nur über räumliche, fachliche sowie administrative Grenzen hinaus möglich sind.
- Wir werden das Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung als Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung durch eine Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts nicht nur für Zwecke der Energiewende ausbauen.
- Wir garantieren die Eigenständigkeit und Sonderrolle der öffentlich-rechtlichen Sparkassen im Kreis der Finanzdienstleister. Sie bilden das Rückgrat unserer Kommunen und der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung.
- Wir werden den kommunalen Finanzausgleich weiterentwickeln. Kommunale Konsolidierungsanstrengungen sollen bei der Bemessung der Finanzausgleichsmasse belohnt werden.
- Die Auswirkungen der Doppik werden wir bei der Bemessung des Finanzierungsbedarfs berücksichtigen.
- Das Programm Stark IV bietet einen Lösungsansatz für den Umgang mit den kommunalen Haushalten aufgelaufenen Alt-Fehlbeträgen. Wir werden dieses Programm deutlich forcieren, um Kommunen mit besonders hohen Fehlbeträgen wieder Luft zum Atmen zu geben.
- Die Verbandsgemeinden sollen zukünftig eigene Schlüsselzuweisungen nach dem FAG in ausreichendem Maße erhalten.
- Wir sorgen dafür, dass die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen nicht zu Lasten der originären kommunalen Aufgaben geht.

Länderfinanzausgleich und Steuerpolitik

Der geltende Länderfinanzausgleich, der die Einnahmen zwischen finanzstarken und -schwachen Ländern umverteilt, ist bis 2019 befristet und wird neu verhandelt. Darüber hinaus läuft der Solidarpakt II, über den die ostdeutschen Länder besondere Unterstützung erhalten, Ende 2019 aus. Erforderlich für eine solide Einnahmehasis ist zudem ein ausgewogenes und gerechtes Steuersystem.

Das werden wir tun:

- Wir werden uns weiter aktiv in die Verhandlungen von Bund und Ländern über das zukünftige Finanzsystem einbringen.
- Wir setzen uns für einen solidarischen und auskömmlichen Finanzausgleich unter den Bundesländern, der auf strukturelle Defizite, wie demografische Entwicklung und Arbeitslosigkeit, besonders Rücksicht nimmt, ein.
- Wir führen unsere erfolgreiche Politik der letzten Jahre fort und werden auch nach dem Auslaufen der Hilfen des Bundes als Land durch die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre auf eigenen Beinen stehen können.
- Wir wollen die Einführung einer europäischen Finanztransaktionsteuer auf Spekulationsgeschäfte und die Bekämpfung des Steuerbetrugs sowie die Stärkung der Steuerverwaltung als Einnahmeverwaltung.
- Wir setzen uns für eine Überprüfung der Besteuerung des Einkommens hinsichtlich der gerechten Verteilung der Belastungen zwischen geringen und sehr hohen

Einkommen sowie hinsichtlich der Abschaffung des Ehegattensplittings und Einführung einer Individualbesteuerung mit besonderer Berücksichtigung von Kindern sowie für eine angemessene Besteuerung von Vermögen insbesondere durch verfassungsgemäße Reformierung der Erbschaft- und Schenkungssteuer ein.

- Wir werben für eine Stärkung der Gewerbesteuer und damit einhergehender Verbesserung der kommunalen Steuerkraft.

Allgemeine Verwaltung

Als Garant für die staatliche Handlungsfähigkeit sieht sich die öffentliche Verwaltung derzeit vielfältigen Herausforderungen gegenübergestellt. Der Anspruch an Professionalität und Servicefunktion, den Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten, muss vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sowie der finanziellen und technischen Rahmenbedingungen eingelöst werden.

Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen das Fundament des öffentlichen Dienstes dar. Dass das so bleibt, hängt auch vom gemeinsamen Miteinander zwischen der Dienststelle und den Beschäftigten ab. Wir wollen die rechtlichen Grundlagen schaffen, um mehr Mitbestimmung in den Personalvertretungen zu ermöglichen. Im Übrigen lehnen wir ab, dass Daueraufgaben im öffentlichen Dienst durch den Einsatz befristet Beschäftigter wahrgenommen werden.

Das werden wir tun:

- Wir wollen die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung fortsetzen. Dabei hat Modernisierung für uns weniger mit der Frage von Strukturen, sondern vielmehr mit der Frage einer effektiven Aufgabenerledigung zu tun.
- Das Personalvertretungsgesetz wird in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften ein deutliches Plus an Mitbestimmungsrechten und an weiteren Fortentwicklungen etwa hinsichtlich der Verbesserung von Freistellungsquoten erfahren.
- Wir wollen keine sachgrundlosen Befristungen.

3. Sachsen-Anhalt in Europa

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich dafür aus, dem europäischen Integrationsprozess neue Dynamik zu verleihen. Sachsen-Anhalt wird sich intensiv in den Meinungsbildungsprozess auf EU-Ebene einbringen und dabei besonderes Augenmerk auf die soziale Dimension Europas legen. Demokratische Grundrechte, ökologische und soziale Standards müssen gestärkt werden. Wichtig sind uns die Transparenz von Entscheidungen und eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse der EU.

Nur in einem geeinten Europa, mit einer starken gemeinsamen Währung, demokratischen Institutionen, einem funktionierenden Binnenmarkt, einer starken sozialen und solidarischen Dimension lassen sich die künftigen Herausforderungen meistern. Sachsen-Anhalt kann dabei als Brückenregion zwischen West- und Osteuropa, als Übergangsregion zwischen den stärksten und schwächsten Regionen in der EU und als weltoffenes Land mit seinen regionalen Partnern einen wichtigen Beitrag leisten.

Ausrichtung der Förderpolitik

Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahrzehnten erheblich von der Europäischen Union profitiert, über 13 Milliarden Euro sind seit 1992 aus Brüssel im Rahmen der Strukturfonds in unser Land geflossen. Durch die Osterweiterung der Europäischen Union liegt Sachsen-Anhalt wieder im Zentrum der EU, und ein Großteil unserer Exporte geht an unsere direkten Nachbarn.

Bis 2020 bekommt unser Land noch umfangreiche Mittel im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung. Diese werden wir effektiv nutzen und die Kofinanzierung sicherstellen.

Das werden wir tun:

- Wir werden die künftige Europapolitik des Landes sich daher an vier Europa-Leitinitiativen für Sachsen-Anhalt orientieren, in denen die Maßnahmen ressortübergreifend gebündelt und koordiniert werden: Mobilität und Bildung, Innovation und intelligente Spezialisierung, Nachhaltigkeit, Energie und Klima, Demographie und Daseinsvorsorge. In diesen Bereichen werden die europäischen Investitions- und Strukturfonds sowie nationalen und regionalen Fördermitteln in verzahnt.
- Wir werden verstärktes Augenmerk auf die Außenwirtschaft legen, denn für die im Land vorhandenen, zumeist kleinen und mittelständigen Unternehmen, ist die Erschließung internationaler Märkte besonders schwierig, bietet aber auch große Chancen.
- Wir wollen, dass Mittel für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in einen Jugendbeschäftigungsfonds gebündelt und durch Zuweisungen aus dem ESF ergänzt werden.